

Bezugspreis:

Für den Monat Oktober 20.- M. voraus zahlbar. Unter Kreuzband für Deutschland, Ost- u. Westpreußen, Ost- u. Westgalizien, Ost- u. Westböhmen, Ost- u. Westpolen, Ost- u. Westrussland, Ost- u. Westsibirien, Ost- u. Westasien, Ost- u. Westafrika, Ost- u. Westamerika, Ost- u. Westindien, Ost- u. Westaustralien, Ost- u. Westindonesien, Ost- u. Westchina, Ost- u. Westjapan, Ost- u. Westindonesien, Ost- u. Westchina, Ost- u. Westjapan.

Telegraphische Adressen: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Ver. Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:

Die einseitige Anzeigenzeile kostet 50.- M. Reklamzeile 200.- M. „Kleine Anzeigen“ das erste Wort 12.- M. (ausführlich zwei weitere Wörter), jedes weitere Wort 10.- M. Stellenangebote und Schlafstellenanzeigen das erste Wort 7.- M. jedes weitere Wort 5.- M. Werte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Familien-Anzeigen für Abonnenten 15.- M.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 5 Uhr nachmittags.

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292-295
und 2506-2507

Dienstag, den 3. Oktober 1922

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Verlag: Dönhoff 2506-2507
Abteilung: Dönhoff 2506-2507

Der Kampf gegen die Not.

Die Reichstagsfraktion hat am gestrigen Montagmittag beschlossen, an der Preisbestimmung des Getreideumlagegesetzes für das erste Drittel der Umlage — 6000 M. für die Tonne Roggen — fest zu halten.

Das Reichskabinett wird sich voraussichtlich am Dienstag mit der Erhöhung der Preise für das Umlagegetreide (erstes Drittel) erneut befassen. Der Reichsernährungsminister Fehr hat dem Kabinett eine Gesetzesvorlage zugehen lassen, in der eine rückwirkende Erhöhung des Roggenpreises für das erste Drittel auf 20 700 M., also genau das Dreifache, vorgeesehen ist. Von den nach dem Umlagegesetz abzuliefernden 2 Millionen Tonnen Getreide sind bisher erst 123 000 Tonnen zur Ablieferung gelangt, in der gleichen Zeit des Vorjahres 400 000 Tonnen.

Die Teuerungsdebatte im Landtag.

Nach dem Demokraten Oeser, der die Debatte vorübergehend wieder in die Höhe geführt hatte, ging es abermals durch die Niederlagen der Parteilisten, Wiederholungen und Gemeinplätze. Ein deutsch-hannoverscher Landwirt, Mejer-Wülkau, findet selbstverständlich den Umlagepreis für das erste Drittel „unerhöht niedrig“. Der harmlose meint, mit einer Erhöhung des Umlagepreises sei eine Erhöhung des Brotpreises nicht gegeben.

Inzwischen ist eine neue Große Anfrage des Zentrums eingegangen, die mit zur Erörterung gestellt wird. Die Anfrage verlangt von der Regierung Auskunft darüber, wie der gewerbliche Mittelstand, das Handwerk und der Kleinhandel vor der Verarmung durch die Geldentwertung geschützt werden soll. Mittelstandsrettung? Es gibt zwei Arten von Mittelstand, der eine hat keine Sachwerte, er braucht Hilfe; der andere hat Sachwerte, zu ihm gehören Handwerk, Kleinhandel. Diese können abwägen. Es ist noch die Frage, ob hier die Hilfe wirklich so dringend nötig ist. Wenn auch Frau Lehmann von den Deutschnationalen meint, die Not in den Arbeiterkreisen sei nicht so groß als im Mittelstand — sozial bleibt richtig, daß es der Arbeiterklasse viel schlechter geht als dem mit Sachwerten ausgestatteten Mittelstand.

Erst Genosse Rabold führte die Diskussion wieder auf die Höhe. Er trat der deutschnationalen Demagogie scharf entgegen: Herr Bäcker hat die Sache so darzustellen als ob an der Entwertung der Mark nur die Außenpolitik Schuld trage. Das stimmt aber nicht. Auch der Rathenau-Word hat starken Einfluß auf den Markkurs gehabt. Herr Bäcker hat öfters Herrn Dr. August Müller zitiert, er scheint aber die Kritik Müllers im „Berliner Tageblatt“ nur oberflächlich gelesen zu haben; denn Müller sagt dort, daß der Rathenau-Word eine schwere Erschütterung in Deutschland und mit dieser Erschütterung eine Schwächung des Vertrauens des Auslandes gebracht habe. Damit sei der Sturz der Mark eingeleitet worden. August Müller stellt ausdrücklich fest, daß für den Marksturz innerpolitische Ursachen genug vorhanden sind:

Von der Palschpolitik zur Panik, von der Panik zur Währungsverfallung!

Das Wesentlichste all dieser Erörterungen ist die Prüfung der Frage, wie der Teuerung vorgebeugt werden kann. Mit Polizeimaßnahmen allein kann die Teuerung nicht bekämpft werden. Man muß bei der Großindustrie und bei der Großlandwirtschaft, bei den Kartellen und Syndikaten den Anfang machen. Wir haben 4 1/2 Jahre Krieg geführt und 12 Millionen Menschen ins Feld geschickt, Tausende und aber Tausende zu Hause für den Krieg arbeiten lassen. Diesen riesigen Leerlauf der Wirtschaft müssen wir heute wieder weitmachen. Das ist nur möglich durch eine stärkere Dekonominierung und Sozialisierung — zwei Dinge, die aufs engste miteinander zusammenhängen. Bis jetzt sind noch keine großen sozialistischen Experimente gemacht worden. Es wird nicht für den Bedarf produziert, sondern nur für den Gewinn. Daher die Anarchie in der Wirtschaft. Bei der Warenknappheit können die Kapitalisten schrankenlose Preisdiktatur

ausüben. Das betont wiederum Herr Dr. August Müller. Wie man sieht, spricht die Grundtendenz seiner Artikel für unsere Auffassung. Früher hieß es: Großer Umsatz, kleiner Nutzen, heute gilt das Umgekehrte. Die Realisierungsmöglichkeiten sind ein Hindernis für technische Verbesserungen. Des Zustand ist uns hier seit Kriegsende um etliche Pferdelängen voraus. Die Landwirtschaft kann das deutsche Volk nicht voll mit Lebensmitteln versorgen. Die Landwirtschaft kann aber auch nicht behaupten, daß bisher genügend mit modernen Mitteln die Steigerung der Produktion betrieben worden sei. Auch in der landwirtschaftlichen Produktion ist ohne Gemeinwirtschaft die Steigerung der Produktion, die wir brauchen, nicht möglich.

Und nun ein Wort nach links zu den Herren Kommunisten. Auch Sie schlagen ähnlich wie die Deutschnationalen Heilmittel vor, die zu nichts führen, oder Pferdelängen, bei denen mit 90 Proz. Wahrscheinlichkeit gerechnet werden muß, daß der Patient draufgeht. Der Sozialismus ist nicht nur und vor allem nicht in erster Linie ein Problem der Verteilung. Er ist vor allem eine Produktionsfrage.

Steigerung der Produktion durch Organisation.

Die Produktionskontrolle nach kommunistischem Muster ist ein für die Steigerung der Produktion völlig steriles Mittel. (Lärm b. d. Komm.) Was regt Sie sich auf? Hat Rußland nicht die kommunistische Produktionskontrolle gehabt? Es wurde so lange kontrolliert, bis nichts mehr zu verteilen war.

Rechnungs: Polizeimaßnahmen sind notwendig, aber sie bringen keine genäuere Hilfe, auch dann nicht, wenn diese Maßnahmen streng durchgeführt werden. Das ist aber bekanntlich gar nicht der Fall. Wo sind z. B. die geforderten Preisprüfungstafeln? Hier und da findet man mal eine. Notwendig ist

die Stabilisierung der Mark durch die Erfassung der Sachwerte. Bereitstellung großer Kredite für eine nach gemeinwirtschaftlichen Gesichtspunkten orientierte Produktion.

Die Republik ist von den Arbeitern geschaffen worden. Der Schöpfer ist auch ihr Träger. Die deutsche Republik kann ohne starken sozialen Inhalt nicht bestehen.

Gewerkschaften und Genossenschaften müssen deshalb Träger der Produktion werden. Ist das der Fall, dann wird die deutsche Republik in ihren Fundamenten untermauert und gestützt sein. (Beifall.)

Vergebens versuchte der deutschnationale Outsider Abg. Schlang-Schöningen noch einmal die Fehde der Agrarier gegen die Umlage zu verteidigen. Das mußte ihm nichts. Der Landwirtschaftsminister stellte nochmals mit aller Deutlichkeit fest, daß die Landwirtschaftszammern ihre Pflicht, an der Durchführung des Umlagegesetzes teilzunehmen, nicht erfüllt haben. Auf den Bänken der Deutschnationalen wurde es still, als der Minister mit scharfen Worten die Aufmunterung der Agitatoren des Landbundes zur Sabotage der Umlage schilderte.

Nachdem noch Genosse Klaußner das Märchen von der notleidenden Landwirtschaft zerstört hatte, verlagte sich das Haus auf Dienstag 11 Uhr. Tagesordnung: Rest von heute, außerdem Anträge betr. Oberschießen. — Schluß 5 1/2 Uhr.

Neue Preisforderungen der Kohlenbarone.

Der Schiedsspruch für den Ruhrkohlenbergbau ist vom Reichsarbeitsministerium genehmigt worden, aber noch ehe das geschah, hat das Kohlenyndikat seinen Abnehmern eine Preiserhöhung von 1000 M. für die Tonne Kohle in Aussicht gestellt. Das Manöver ist durchsichtig. Man wollte vollendete Tatsachen schaffen. In den Kreisen der Bergarbeiter aber, die im Reichskohlenrat an der Preisfestlegung mitzuwirken haben, herrscht lebhafter Entzückung über dieses Vorgehen, zumal einwandfrei festgestellt ist, daß diese Kohlenpreiserhöhung weit über das notwendige Maß hinausgehen würde, ja, daß selbst bei den gegenwärtigen Kohlenpreisen die Lohnerhöhung für die Industrie tragbar ist. Die Bergarbeiter empfinden die Antündigung der Unternehmer als eine Provokation, die letzten Endes sogar als ein Schlag gegen die Arbeitsgemeinschaft angesehen werden müßte, wenn etwa die Preiserhöhung tatsächlich Geltung erhalten sollte.

Wir erwarten, daß die Reichsregierung auf keinen Fall den Forderungen der Unternehmer nachgibt. Im übrigen werden bei den Beratungen im Reichskohlenrat zum mindesten die freigewerkschaftlichen Bergarbeiter den schärfsten Protest gegen die beabsichtigte, aber unerbittliche Kohlenpreiserhöhung erheben.

Die Zuckerbewirtschaftung vor dem Reichsrat

Der Reichsrat befaßte sich am Montag mit dem bekannten Antrag der oldenburgischen Regierung zur Zuckerverordnung und mit einer Verordnung des Reichsernährungsministers über den Verkehr mit Zucker im Betriebsjahr 1922/23. Die Verordnung des Reichsernährungsministers soll bereits in den nächsten Tagen in Kraft treten.

Die Stellungnahme zu dem Antrag Oldenburgs brachte der zuständige Reichsratsausschuß in folgender Entscheidung zum Ausdruck:

- 1. zur Sicherung des Verbrauchs der Bevölkerung an Mundzucker je Kopf und Monat 2 1/2 Pfund und an Einmachezucker 6 Pfund einmalig aus der Inlanderzeugung im Wege der öffentlichen Bewirtschaftung zur Verfügung zu stellen;
- 2. an Zucker für Imker und zur Herstellung von Konfitüren, Marmeladen und sonstigen Obstkonerven, die nach näherer Bestimmung des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft notwendigen Mengen an die öffentliche Hand abzuliefern.

In der Vollversammlung des Reichsrats erklärte sich der Vertreter Oldenburgs mit den Ausschlußbeschlüssen einverstanden. Im übrigen wurde die Verordnung des Reichsernährungsministers unter Abänderung entsprechend den Ausschlußanträgen angenommen. Die Bevölkerung wird in Zukunft 2 1/2 Pfund Zucker für den Monat pro Kopf erhalten.

Ein Vorschlag Scheidemanns.

Kassel, 1. Oktober. (WZ.) Oberbürgermeister Scheidemann teilte in einer Versammlung mit, daß er der Berliner Regierung den Vorschlag unterbreitet habe, zur wirksamen Bekämpfung des Zuckerschwunders den Inlandszucker leicht zu färben, damit er nicht mehr als Auslandszucker zu phantastisch hohen Preisen der Bevölkerung aufgeschwindelt werden könne.

Die Schweizer Demokraten gegen Vermögensabgabe. Der Parteitag der Freisinnigen Demokratischen Partei der Schweiz hat sich für die Ablehnung der sozialdemokratischen Initiative für eine einmalige Vermögensabgabe, die in bar, Aktien oder Wertpapieren erfolgen sollte, ausgesprochen, weil darin eine Schädigung der Sachstrenge des Landes und ein kommunistischer Vorstoß zu erblicken sei. Der Parteitag sprach sich ferner für die Aufrechterhaltung der Schlagkraft des schweizerischen Volksheeres aus.

Wehrlos, weil gespalten!

O. L. Rom, 29. September.

Während sich in Deutschland die sozialistische Partei endlich zur Einigung durchgerungen hat, schießt sie sich in Italien dazu an, sich noch einmal zu spalten. Unter allgemeiner Teilnahmslosigkeit tritt am 1. Oktober im Volkshaus von Rom der sozialistische Parteitag zusammen, dessen Ausgang schon heute allen bekannt ist. Er wird mit dem Ausschluß des rechten Flügels enden, mit dem Ausschluß der Fraktion Turati, der die Mehrheit der sozialistischen Abgeordneten und der Gewerkschaftsführer angehört. Pessimistische Erwartungen rechnen sogar mit der Möglichkeit, daß aus dem Parteitag drei sozialistische Parteien hervorgehen können, nämlich die Maximalisten (Fraktion Serrati, die den „Avanti“ in Händen haben und glauben, den „echten Ring“ zu besitzen), die Fraktion der Konzentration (Gruppe Turati) und ein Zentrum, das sich weder für rechts noch links entscheiden kann und dem unter anderem der Abgeordnete Enrico Ferri angehört. Es braucht nicht besonders hervorgehoben zu werden, daß eine Spaltung in drei Teile noch verhängnisvoller wäre als eine solche in zwei, weil die Konfusion in den Reihen noch größer wäre, die „theoretischen Grenzfreilichkeiten“ noch verzwickter, der politische Nachschub noch bedeutender.

Auf die inneren Motive der Spaltung hier einzugehen ist überflüssig. Sie sind bis zum Ueberdruß bekannt. Es ist der alte Konflikt zwischen Rechts und Links, der sich in der Nachkriegszeit in allen Ländern durch die praktischen Tatsachen zugespitzt hat. Um es schematisch auszudrücken: die Maximalisten wollen erst zerstören und dann wiederaufbauen, sehen in der heutigen Hochflut der Reaktion eine unvermeidliche geschichtliche Phase, die man aushalten muß, ohne sie abzuweichen zu können und verwerfen auf Grund dieser Auffassung jedes Zusammenarbeiten mit einem Teile der Bourgeoisie gegen den anderen, weil ja alle Teile in gleicher Weise als Feinde der proletarischen Interessen gelten. Die Fraktion der Rechten dagegen hält dafür, daß das Proletariat Interesse daran habe, dem politischen und wirtschaftlichen Abstieg des Landes, der mit der Nachkriegszeit eingesetzt hat, entgegenzuwirken, da bei diesem Abstieg allgemeine Kulturerrungenschaften verloren gehen, die nicht nur das Patrimonium des Bürgertums, sondern auch der Arbeiterklasse sind. In diesem Sinne sieht sie es als vornehmste praktische Aufgabe der Stunde an, der heutigen Reaktion entgegenzutreten; da aber das Proletariat allein nicht die Macht hat, diese zurückzuschlagen, will die Fraktion der Konzentration denjenigen Elementen des Bürgertums, die bei einer faschistischen Diktatur nichts zu gewinnen haben, unter gewissen Verhältnissen die Wiltz Hilfe des Proletariats gesichert sehen, will die Möglichkeit haben, einer Regierung Unterstützung zu bieten, die es sich ernstlich zur Aufgabe stellt, Recht und Gesetz im Lande wieder zur Geltung zu bringen.

Da heute die praktischen Verhältnisse im Lande derart sind, daß man sich zwischen diesen beiden Wegen entscheiden muß, ist leider die Parteispaltung unvermeidlich. Ja, man kann sagen, sie ist bereits vollzogen. Und hierin, in der schon vollendeten Tatsache, die nur noch des formellen Ausdrucks bedarf, liegt die Erklärung für die allgemeine Teilnahmslosigkeit der öffentlichen Meinung unserem Parteitag gegenüber, die sehr abtrotzt von dem fast krankhaften Interesse, das früher die Bourgeoisie und ihre Presse unseren Kongressen entgegenzubringen pflegte.

Und so wird die seit mehr als einem Jahrzehnt periodisch angedrohte und gefährdete Spaltung sich gerade heute vollziehen, wo das Proletariat mehr als je zuvor der Einheit bedürfte, um dem Vorstoß der Reaktion wirksame Abwehr entgegenzustellen. Die Reaktion tritt heute in ihre akute Phase und hat den Schein der Legalität ganz abgeworfen. Durch ihren „Heerführer“ Mussolini verkündet die faschistische Partei ganz offen, daß sie sich auf den „Marsch auf Rom“ vorbereitet, um von Rom aus Italien zu regieren.

Hinter den geschwollenen Worten steht ein ziemlich klarer Plan. Die Faschisten haben das, was man zum Kriege braucht: sie haben Geld, denn sie sind die Sachwalter von Interessen, für die das Abwürgen der Gewerkschaftsbewegung sich in klingende Münze umsetzt. Die Schwerindustrie und der oberitalienische Großgrundbesitz werden dem siegenden Faschismus ihren Säckel um so weniger verschließen, als er nicht nur das Niederverwerfen der Gewerkschaftsbewegung bezweckt, sondern gleichzeitig die Steuerpolitik der Regierung bekämpft und den ganzen unzuverlässigen und schwerfälligen Verwaltungsapparat, an dem die große Industrie und der Großgrundbesitz schwer leidet. Außer Geld haben die Faschisten Waffen, Waffen und Munition in Hülle und Fülle, denn sie haben einen nicht geringen Teil des Offizierskorps auf ihrer Seite, und der unvermittelte Uebergang von republikanischen zu monarchischen Grundgedanken, den Mussolini in seiner Rede von Udine zum Ausdruck brachte, erklärt sich eben aus dem Interesse, das die faschistische Partei an der Solidarität des Offizierskorps hat. Außerdem haben sie die Polizei in ihren Händen, die unter Ritti gegründete „Guardia Regia“, die viel zu lange von der Regierung den Befehl hatte, bei Faschistenerzessen ein Auge zuzudrücken, um nicht heute alle beide trumphast zu schließen. Weiter ver-

fügen die Faschisten fast vollständig über die Organe der Rechtspflege, was sich vielleicht zum Teil aus der weitgehenden Unzufriedenheit erklärt, die in den Kreisen der höheren Beamten herrscht, deren Gehälter nicht mit der wachsenden Teuerung Schritt gehalten haben. Kein Faschist wird heute verurteilt, auch die Geschworenen, in denen die Kommunistenfurcht des Jahres 1919 noch nachklingt, während sie die Faschistengefahr vom Jahre 1923 noch nicht recht voraussehen können, sprechen sogar überführte Totschläger frei. Wie weit dabei direkte Feigheit mitspricht, mag dahingestellt bleiben.

Die Vorbedingungen für den „Marsch auf Rom“ sind also gegeben: Geld, Waffen, Einvernehmen der Exekutivorgane des Staates und der Organe der Rechtspflege. Und dazu gesellen sich dann die negativen Vorbedingungen der andern: eine unfähige, ratlose Regierung, eine zerrissene, ratlose proletarische Bewegung.

Die Regierung, soweit sie sich nicht geradezu den Faschisten botmäßig erweist, beschränkt sich auf klägliche Remonstranzen, über die die Faschisten lachen. Zu den Weisungen dieser Herrschaften gehört z. B., gewisse ihnen unangenehme Persönlichkeiten aus gewissen Ortschaften zu „verbannen“; d. h. wenn z. B. ein bekannter Sozialist irgendwo zur Erholung ist, so wird ihm vom lokalen Fascho mitgeteilt, er hätte mit dem nächsten Zuge abzureisen, wenn ihm sein Leben lieb sei. Reist er ab, wie z. B. Enrico Ferri es getan hat, so rühmen sich die Faschisten ihres Sieges; bleibt er, wie z. B. Genosse Garibetti in Cremona, so sagen sie: „Wir haben ihm eine Aufenthaltsgewilligung ausgestellt“. Der Justizminister hat nun dieser Tage die Justizbehörden darauf aufmerksam gemacht, daß dieses Verfahren gesetzwidrig sei und bis zu fünf Jahre Gefängnis nach sich ziehen kann. Was konnten die Herren auch ohne den Minister im Strafgesetzbuch lesen; das Schlimme ist gerade, daß sie es nicht lesen wollten.

Und unsere Partei hat sich fast noch mehr um ihr Prestige gebracht, wie die Regierung um das ihre. Einmal durch den inneren Zwist, das Auseinandergehen und Aneinanderherumkritisieren, dann dadurch, daß sie die Massen in ihrem Kampf (materiellen, buchstäblichen Kampf) mit den Faschisten allein gelassen hat. Die große Mehrheit steht auch heute, wie auf dem Parteitag in Mailand, hinter den Maximisten. Die revolutionäre Phrase zieht noch heute, besonders weil die Regierung wirklich unter aller „Bündnisfähigkeit“ ist. Die Reformisten, die die besseren Köpfe und die ruhigeren Arbeiter auf ihrer Seite haben, fangen erst jetzt die Eroberung der maximalistischen Mehrheit an durch eine eigene Tageszeitung, die aus Reggio Emilia nach Mailand überpfanzte „Giustizia“. Sie haben Generäle, aber kein Heer.

Die unheilvolle Wirkung der Spaltung wird aber in ihrem Einfluß auf die Gewerkschaftsbewegung liegen. Bis jetzt hatte die Konföderation der Arbeit ein Bündnis mit der sozialistischen Partei; mit welcher der beiden aus der Spaltung hervorgehenden Parteien wird sie es fortsetzen? Es verlautet, daß sie fünfzigstündig ohne Bündnisse mit politischen Parteien ihre eigene Politik treiben werde. Das bedeutet also, daß wir eine maximalistische, eine Rechtspartei und eine Arbeiterpartei als Frucht der Spaltung erhielten.

Nie haben wir nötiger Einheit gebraucht wie heute, denn nie war die Reaktion frecher. Und nie war die italienische Arbeiterpartei zerrissener, mehrloser, von ihrem Gegner weniger gefürchtet, als gerade heute.

Rom, 2. Oktober. (B.Z.) In Anwesenheit von mehr als 200 Delegierten und zahlreichen Abgeordneten wurde der sozialistische Kongress eröffnet. Der Sekretär der Partei erstattete über ihre politische Tätigkeit im Lande und im Parlament Bericht und hob hervor, daß die

Parteilinie im Gegensatz zur parlamentarischen Gruppe, die ihre Selbständigkeit proklamierte, sich immer in die Aufrechterhaltung der Einheit der Partei bemüht habe. Er schloß unter Hervorhebung der Notwendigkeit, Andersdenkende auszuschließen. Serrati sprach sich gegen die Anhänger einer Zusammenarbeit mit anderen Parteien aus. Der Führer des rechten

Flügels, Modigliani, bezeichnet die Behauptung als sinnlos, daß die Sozialisten sich gleichgültig verhielten gegenüber der Art, wie das Bürgertum sich aufschicht, die zum Aufbau des sozialen Lebens unerlässlichen Bedingungen wiederherzustellen. Er erklärte sich gegen eine Spaltung, die sich allein auf Meinungsverschiedenheiten gründe.

Viviani gegen Wirth.

Die Schuld am Kriege.

Paris, 2. Oktober. (B.Z.) Abgeordneter Viviani, der bei Kriegsausbruch Ministerpräsident war, veröffentlicht durch Hanas eine Erklärung gegen die Behauptungen, die Reichskanzler Dr. Wirth vor Pressevertretern über die von dem ehemaligen Befehlshaber v. Romberg veröffentlichten Dokumente über die Kriegsurkunden gemacht hat.

Nach einer Einleitung, in der Viviani von sorgfältig vorbereiteten Dokumenten und auch von der Kunst des Zurechtmachens, um nicht mehr zu sagen, spricht, erinnert Viviani den Reichskanzler daran, man müsse mit etwas mehr Behutsamkeit von diplomatischen Archiven sprechen, wenn man Chef eines Landes sei, das vier Jahre hindurch alle Dokumente behutsam habe, die es abgehandelt oder empfangen hätte, so daß das Weißbuch von 1914 nur einige Dutzend Dokumente enthalte, während das Weißbuch, das von der öffentlichen Meinung im Jahre 1919 erzwungen wurde, annähernd 600 Dokumente enthalte.

Bevor der Reichskanzler spreche, wie er gesprochen habe, hätte er aus dem Weißbuch die Depesche 101 erwähnen können, in der er, Viviani, nach Petersburg und London gedroht habe: „Frankreich ist entschlossen, alle Allianzverpflichtungen zu erfüllen. Es wird im übrigen nichts vernachlässigen, um eine Lösung des Konfliktes im Interesse des allgemeinen Friedens herbeizuführen. Die zwischen den weniger direkt interessierten Mächten eingeleiteten Verhandlungen gestatten noch die Hoffnung, daß der Friede aufrecht erhalten werden kann.“

Hier habe man die ganze französische Politik, die Allianzen vor einer Isolation zu bewahren, die Frankreich isoliert hätte, und im Interesse des allgemeinen Friedens eine vermittelnde Aktion Englands und Italiens in Erwägung zu bringen. Paleologue habe am anderen Tage (Weißbuch Nr. 103) geantwortet: „Sofort, dem ich Ihren Wunsch, alle militärischen Maßnahmen zu vermeiden, die Deutschland einen Vorwand zu einer allgemeinen Mobilisierung geben könnten, unterbreitet habe, hat mir geantwortet, daß gerade im Laufe der letzten Nacht der Generalstab gebeten worden sei, militärische Maßnahmen aufzugeben, um jedes Mißverständnis zu vermeiden.“

Im Augenblick des Ultimatums, das dem Krieg mit Rußland vorangegangen sei, habe Deutschland, und das vergesse Dr. Wirth, bevor es auch nur die russische Mobilisierung konnte, den

Zustand der drohenden Kriegsgefahr erklärt, der für alle ersten Leute der Mobilisierung gleichkomme. Frankreich sei so vollständig demobilisiert worden, daß es am 31. Juli mittags seine Truppen um 10 Kilometer zurückgezogen habe. Es habe zuletz, vor allem am 1. August in Europa mobilisiert, einen Tag nach Deutschland. Warum diese Verzögerung? fragt Viviani. Welt am 31. Juli ein neuer Verhandlungsvorschlag von Sir Edward Grey gemacht worden sei und Desterreich endlich begonnen habe, mit Rußland zu verhandeln, was alle Hoffnungen wieder ersetzt habe.

Viviani zitiert dann mehrere Stellen aus Schoens Pariser Berichten, aus denen hervorgehe, daß er (Viviani) für die Erhaltung des Friedens gearbeitet habe. Man sei dem Franzosen eine Erklärung schuldig, warum in den ersten deutschen diplomatischen Veröffentlichungen die Depeschen des deutschen Botschafters völlig beseitigt seien.

Im folgenden laßt sich Viviani kurz: Er wolle nur an einige Akte der russischen Regierung erinnern, die einzig in Rechnung kämen, nicht dagegen an ihre wahrscheinlich entstellten Worte.

1. Im Einvernehmen mit Frankreich habe die russische Regierung Serbien den Rat erteilt, sich zu unterwerfen, soweit die Ehre es gestatte.
2. Im Einvernehmen mit Frankreich habe sie eine Fristverlängerung für Serbien verlangt.
3. Trotz der Haltung Desterreichs nehme sie persönlich dreimal die Beziehungen mit Wien auf.
4. Sie wünscht direkte Verhandlungen mit Wien, und zwar am 26. Juli.

Antwort: Am 28. schließt Desterreich gegen Serbien.

5. Sie empfehle mit allen Mitteln die von Grey angeregte Methode, nämlich die Viererkonferenz.
6. Der Zar schickte am 27. Juli an den König von Serbien eine Depesche, in der er ihm den Frieden anempfehle.
7. Auch nach der Kriegserklärung an Serbien bitte sie die englische Regierung, in Berlin Schritte zu tun, damit Desterreich die Verhandlungen wieder aufnehme.
8. Sie erkläre sich mit jeder vorgeschlagenen Form der Vermittlung einverstanden und verpflichtet sich im voraus, derjenigen Form zuzustimmen, die Deutschland genehm sein werde.
9. Am 30. Juli distanzte sie dem deutschen Botschafter, Graf Bourtales, eine persönliche Formel, in der sie sich selbst verpflichtete, die militärischen Vorbereitungen einzustellen. Absehung von Sagows, weiterzugeben.
10. Sie verlange, daß die Verhandlungen fortgesetzt würden und erkläre sich einverstanden mit dem Verbleiben österreichischer Truppen in Serbien.
11. Am 1. August, nach der Kriegserklärung, wiederhole sie nochmals den Vorschlag und erkläre, daß Rußland in keinem Falle mit den Feindesparteiern beginnen werde.

Schließlich habe am 29. Juli der Zar dem Kaiser vorgeschlagen, den Konflikt dem Haager Schiedsgericht zu unterbreiten. Der Kaiser habe nicht einmal geantwortet, und das deutsche Weißbuch habe die Depesche nicht veröffentlicht. Dabei erkläre der Kaiser in seinen Memoiren, daß er bereit gewesen wäre, sich im Haag abzurufen zu lassen. Dieser hohe Gerichtshof sei, wie es scheint, gut genug gewesen, die Kaiserliche Persönlichkeit des Kaisers zu empfangen. Aber 1914 habe er es für nötig gehalten, ihn mit Verachtung zu stoßen.

Viviani endet, indem er dem Reichskanzler mittelst, er könnte von ihm verlangen, sich über das österreichische Notbuch, über die bayerischen Veröffentlichungen, über die schreckliche Depesche des österreichischen Botschafters in Berlin vom 5. Juli, an welchem Tage der Kaiser den Krieg angenommen habe, auszusprechen. Aber man werde ja, wenn man auf die Memoiren des Kaisers antwortet, Gelegenheit finden, deren beachtlichste Punkte auszusprechen. Für den Augenblick habe er, Viviani, dem Reichskanzler so geantwortet, wie es notwendig gewesen sei, und er bilde sich ein, daß diese Antwort für alle ehrenhaften Leute genüge.

Die Nationalen gegen die Völkischen.

In der deutschnationalen Presse wird jetzt der Welt mitgeteilt, daß der deutschnationalen Parteivorstand am 29. September einstimmig bei zwei Stimmabstimmungen folgenden Beschluß gegen die Deutschvölkische Arbeitsgemeinschaft gefaßt hat:

Der Bestand einer deutschvölkischen Arbeitsgemeinschaft innerhalb der Deutschnationalen Volkspartei, die eigene Organisationen im Lande unterhält, ist mit den Lebensinteressen der Partei unvereinbar, weil sie deren Einheit und Geschlossenheit zerschneiden würde. Er ist unter den gegebenen Verhältnissen um so bedenklicher, als dadurch der Eindruck der Aufwerfung einer grundsätzlichen völkischen Streitfrage innerhalb der Partei erweckt wird. Der völkische Standpunkt der Partei steht fest. Verschiedene Auffassungen über seine praktische und taktische Durchführung können nur im Rahmen der ordentlichen Parteigliederung geklärt werden. Für die grundsätzliche Ausschließung und Verleugung des völkischen Gedankens ist ein völkischer Ausschuß beim Parteivorstand gemäß Absatz 12 der Parteistatuten zu bilden.

Das ist eine merkwürdige Partei, die eine völkische Arbeitsgemeinschaft verurteilt, aber gleichzeitig einen völkischen Ausschuß einsetzt, um dem gleichen Zwecke zu dienen. Trotz aller Bemängelungsversuche läßt sich die Tatsache nicht mehr verkennen, daß die Grube und Wunde in der Partei der Heugl und Helfferich immer mehr den Ton angeben, trotzdem sie einseitigen noch schmolend abseits stehen. Antifemilismus oberster Art ist das einzige Bindeglied, das die auseinanderstrebenden Interessengruppen zusammenhält.

Der neue schweizerische Botschafter, Dr. Käfenach, hat den neuernannten schweizerischen Botschafter Dr. Käfenach zur Entgegennahme seines Beglaubigungsschreibens empfangen. Bei dem Empfang war der Staatssekretär im Auswärtigen Amt v. Gante zugewesen.

Premierenhochstuf.

Von Karl Fischer.

Kein Tag ohne Premiere!
Vor zwei Wochen etwa hat die Winterzeit der Berliner Theater begonnen, und in dieser kurzen Zeit ist ein Wirbelwind von Premieren über uns dahingegestrichen, daß der Atem stockt. Ich zähle sechzehn Premieren, weiß aber nicht genau, ob mich mein Gedächtnis nicht im Stich gelassen hat und die Zahl in Wahrheit viel größer ist.

Und will sich nimmer erschöpfen und leeren. . . .
Wenn, wie es nach den Vorzeichen der Theater den Anschein hat, Tanz und Tummel der Premieren so weiter geht, haben die Direktoren bis Weihnachten die Sterne verschwendet, wie es im „Haus“ heißt.

Es ist so, als ob jeder der Herren Direktoren von seinem Kunsttempel flücht und mit Stenostimme dem Publikum, das in Geschäft oder Genuß, in Sorgen oder Sinnenlust seine Straße zieht, zuruft: „Nur zu mir herein, spaziert, meine Herrschaften! Nur bei mir sehen Sie die berühmtesten Schauspieler, nur hier erhalten Sie die wahre Kunst. Geh'n Sie nicht zum Nachbarn, meine Herrschaften, der kann mit mir nicht konkurrieren. Was Sie da zu seh'n bekommen, ist nicht Kunst, sondern Schund!“

Und das liebe Publikum läßt sich dieses laute Jahrmarktstreiben zum größten Teil lachend gefallen und füllt die Säle, wie es vom Zufall gerade in dieses oder jenes Theater geführt wird.

Was ist aber bisher gespielt worden?
Wadekade „Sonnenpektum“ aus dem Nachlaß des Dichters, wofür die „Lühne“ von einem Kritiker, dem anscheinend die unheimliche Fülle der Premieren bereits das Gehirn gründlich verwirrt hat, ein Schweinefaden genannt worden ist, ferner Schnitzler, Studen, Gorkis „Kleinbürger“ im Zentraltheater, dessen neue Direktion eine Hoffnung zu sein scheint, Maeterlinck in den neuen Westkammertheater mit dem Direktor William Bauer, über dessen nicht kleines Schundbuch in theatralibus der Präsident der Bühnengenossenschaft erschöpfende Auskunft geben kann, des weiteren der lästerliche Schwank eines Franzosen und endlich Schmidtbons, Heibel, Hauptmann und „Faust“.

Dazu gesellen sich ein paar Boffen, Ausstattungstücke, Reuen und Operetten, von denen die neueste Operette in der „Komischen Oper“ besonders genannt werden muß, die unter dem Titel der einst auch in Deutschland von den staatsverhaltenden Kreisen viel geliesenen Pariser Zeitschrift: „Le nô au salon!“ („Das Raute im Salon“) segelte!

Man sieht also, an Buntem fehlt es nicht, wobei dann nicht selten das Bedeutende hintenanstehen muß.

Läßt man die Kur-Amüsier-Theater mit Boffen, Operetten und Ausstattungstücken außer acht und Anjah, so muß konstatiert wer-

den, daß die große literarische Linie fehlt, durch die das ernste und bildungshungrige Publikum geleitet werden kann. Durch dieses plan- und ziellose Durcheinanderwirbeln von Stücken und Autoren kommt das Publikum in eine heillosen Verwirrung und läßt sich schließlich, bei den exorbitanten Preisen zumal, ganz vom Theaterbesuch abhalten. Schließlich sind doch die Berliner Theater nicht nur für die Snobs und Leute mit geschwollenen Briefschaften da.

Mit einem Wort: es fehlt die Planmäßigkeit und Einheitlichkeit, auf die wir nun schon lange warten und die sich doch so leicht erreichen ließe, da heute die Direktoren fester denn je in ihrem Verband zusammengeschlossen sind. Es scheint aber, daß Einmütigkeit unter ihnen nur dann herrscht, wenn es gilt, die Eintrittspreise abwärts zu erhöhen.

In der verflochtenen Spielzeit haben wir in Berlin einen Tiefstand der Bühnenkunst gehabt, wie vielleicht noch nie vorher. Ein Repertoire wurde uns vorgelegt, das Krotoschin und Schroda alle Ehre gemacht hätte. Die ältesten Kadetten wurden hervorgeholt und auf neu geplättet. Die sogenannte Grotteske „Gretchen“, dieses Stück voller Staub und Stoffsche, das einst den politischen Macht-habern gefächelt erschien, weil es die Viebesabenteuer eines veritablen Fürsten schilderte, bekamen wir unter anderem vorgelegt, und es blieb uns nur die Verwunderung darüber, daß nicht auch noch „Charleys Tante“ oder „Der Mann im Mond“ und „Der Weisheitsfresser“ des seligen Herrn v. Moser den Spielplan unserer Bühnen zierten.

Die Direktoren schienen damals recht müde und ohne Unternehmungslust zu sein. Das alles soll anscheinend in diesem Winter nachgeholt werden.

Der Dollar steigt, und der Mut der Direktoren steht auf Sturm. Noch ist so nicht abzusehen, wohin diese Hast und Hektik der Premieren führen wird. Zum Heil des Theaters aber und zum geistigen Reichtum des Publikums kann dieses unruhvolle Wesen des Spielplans, dieser Wirbel ohne Wahl und Ueberlegung, ohne Rücksicht auf Bedürfnisse, die vorhanden sind und befriedigt werden wollen, nicht beitragen. Geht die wilde Jagd der Premieren noch ein paar Wochen so weiter, ist den Direktoren die Puste ausgegangen und das Publikum hat wieder einmal das Nachsehen. Die besten literarischen Namen sind verpufft, und keiner hat Nahrung und Nutzen davon gehabt.

Wohin soll die Premierenhochstuf führen? Hoffentlich gebietet man der Premierenwildheit bald ein Halt, sonst wird es am Schluß der Saison, wie so häufig schon nach früheren Theaterwintern unseres Mißvergnügens, Premierenhochstuf und — Defizit heißen müssen!

Demokratie für die Lehrerseminare. Ein vor einiger Zeit bekannt gewordener Ministerialerlaß bestimmt, daß an den höheren Lehranstalten ein dreigliedriger Lehrerausschuß zu wählen sei, der den Direktor zu beraten und zwischen dem Lehrerkollegium und dem Direktor zu vermitteln habe. Diese Bestimmung kann als der

erste Schritt zur Einführung der kollegialen Schulleitung auch an höheren Lehranstalten aufgefaßt werden. Welche Kreise erwarteten, daß der Herr Minister für Volksbildung, Kunst und Wissenschaft die gleiche Bestimmung auch für die Lehrerseminare treffen würde. Dieser selber vergeblich! Und doch ist hier dieser Schritt ebenso notwendig wie an den übrigen Schulen. Es gibt noch eine ganze Reihe von Direktoren, denen ihr „erbabener Kaiser und König“ Wilhelm der Dritte immer noch des Ideal ihrer Dienstführung ist. Das „Jollertwort“: „Es reizt mich keiner ungefroßt“ ist ihr Antifemilismus. Mit Beratung reden sie von unserer neuen Staatsform, von Republik und Demokratie. „Maulhalten ist die erste Pflicht ihrer Untergebenen.“ Mitarbeiter, mit denen Pläne in freier, zwingender Aussprache gemeinsam durchdacht, erörtern und erprobt werden, kennen sie nicht. Persönliche Fühlungnahme ist diesen „Gottbegnadeten“ in ihrer Unnahbarkeit fremd. Schriftliche „Besche“ regeln den ganzen Betrieb. Darum, Herr Minister, schaffen Sie auch an den Lehrerseminaren eine demokratische Einrichtung, die den Lehrerkollegien die Möglichkeit gibt, den jetzt „Allgemeinlichen“ zu beraten und ihn an den neuen Staatsgedanken zu gewöhnen.

Ein hochzoller, der keine Buchgeschäfte macht. In Nr. 400 war unter der Ueberschrift „Hochzollern-Auto-gramme“ berichtet, daß Prinz Eitel Friedrich von Preußen eine Geschichte des 1. Garderegiments zu Fuß bearbeitet und von der Buchausgabe Lurusabzüge mit eigenhändiger Unterschrift zu 1500 M. herstellen lasse. Wir werden nun darauf aufmerksam gemacht, daß dieser hochzollernprinz keinerlei Bezahlung für seine Arbeit oder für seine Unterschriften erhalte. Er hat im Gegenteil noch erhebliche Unkosten von der Herausgabe gehabt, die ihm nicht ersetzt wurden.

Wir nehmen von dieser Berichtigung um so lieber Kenntnis, als die sonstigen schriftstellenden Hochzollern sich ihre Arbeiten bekanntlich sehr gut bezahlen lassen, ja einen förmlichen Handel damit treiben und nicht einmal das Deklamatorische anwenden, daß sie einen Teil ihrer hohen Gewinne für wohltätige Zwecke verschließen. Die handlungsweise des Prinzen Eitel Friedrich sieht demnach beinahe wie ein Protest gegen die Buchunternehmungen seines Bruders und seines Vaters aus. Und dazu könnte man ihn nur beglückwünschen.

Die Ausgrabung einer urgeschichtlichen Festung. Schon um die Wende des zweiten vorchristlichen Jahrtausends ging der Mensch der endenden Steinzeit daran, seine Siedlungen auf Höhenstuppen anzulegen und sie gegen seine Feinde mit Wall und Graben zu umziehen. Aber so lange er als Nomade umherzog, hatte das feste Verteidigungswerk für ihn keine dauernde Bedeutung. Erst als um 1000 v. Chr. der Ackerbau in deutschen Landen sesshaft wurde, begann der Ausbau der alten Höhenfestungen. Für eine solche vorgeschichtliche Festungsanlage vor drei Jahrtausenden ist uns jetzt ein einzigartiges Beispiel geschildert worden durch die Ausgrabung der Wasserburg Buchau im Moore des oberbayerischen Federsees. Die Grabungen, die seit dem September 1921 durchgeführt wurden, haben ein anschauliches Bild vorgelegt ans Licht gebracht, das uns lebendiger, als jede andere Urkunde es könnte, in die Kulturverhältnisse der beginnenden Eisenzeit einführt. In der Frankfurter Wochenschrift „Die Umschau“ schildert Dr. Hans

Wilhelm, der Vergeßliche.

„Du lieber Gott, du lieber Gott!“

Unter den Lesern des „Berliner Lokal-Anzeigers“ soll sich ein Vernehmen nach eine Bewegung gegen die weitere Veröffentlichung der Kaiser-Memoiren im Gange sein. Die armen Leute halten es vor Langeweile nicht mehr aus.

Der politisch unterrichtete Leser findet freilich manchen Tag, der das schon bekannte Bild des Verfassers angenehmer ergänzt. So behauptete er z. B. („Lokal-Anzeiger“ vom 1. Oktober), im Burenkrieg sei seine Stellung die folgende gewesen:

Ich war der Ansicht, daß man England, wenn es die Burenstaaten erobern wollte, daran nicht hindern könnte, obwohl auch ich der Ueberzeugung war, daß diese Eroberung zu Unrecht geschehe.

In seinem berühmten Daily-Telegraph-Interview hatte aber Wilhelm II. bekanntlich behauptet, daß der Plan zur Besetzung der Buren seinem genialen Feldherrnhirn entsprungen sei.

Das in Essen erscheinende Unternehmerblatt, die „Bergerwerkzeitung“, beurteilt das Buch Wilhelms II. folgendermaßen:

Rum hat auch der Kaiser ein Buch geschrieben. Die mit dem Unternehmen verbundene Werbung hat der Welt versichert, daß das Buch ohne jede Hilfe eines Schriftgelehrten zustande gekommen, daß es die alleinige Arbeit des Kaisers sei. Diese Versicherung ist glaubwürdig, denn das Deutsch des Buches ist wirklich schlecht. Es erhebt daraus, daß die in blühendem Stil verfaßten Rundgebungen des Kaisers während seiner Regierungszeit nur zum Teil sein geistiges Eigentum gewesen sind; der andere Teil hat einem Manne gehört, der ein gutes Deutsch zu schreiben verstanden hat. Indessen: Mit dem Stil könnte man sich abfinden, wenn nur der Inhalt nicht so offenkundig den Dilettanten verrate. Es ist doch ein wahrer Jammer, daß unser Geschick solchen Händen anvertraut gewesen ist!

Das Buch offenbart mit dem furchtbarsten Fehler des Kaisers, daß er, ohne das dazu erforderliche geistige Rüstzeug zu besitzen, die Geschicke des deutschen Volkes selbst und allein lenken und bestimmen wollte. „Ich führe euch herrlichen Zeiten entgegen!“ Du lieber Gott, du lieber Gott!

Ja, und trotzdem seid Ihr vor ihm gekrochen, habt Ihr Euch diese Herrschaft gefallen lassen, bis alles kästlich zu Ende war! Da kann man auch nur sagen: „Du lieber Gott, du lieber Gott!“

Bayerische Dunkelkammer.

München, 2. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Am Dienstag, den 2. Oktober, beginnt vor dem Münchener Volksgericht ein Landesverratsprozeß, der für die Zustände in Bayern in mehrfacher Hinsicht bezeichnend ist. Angeklagt sind: Der ehemalige Sekretär Kurt Eisners, Felix Fehnbach, der Korrespondent der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ Karl-Heinz Lembke und der Leiter des Internationalen Korrespondenzbureaus in Berlin Gargas. Alle drei sollen durch Lieferungen von Berichten an die englische Presse über die Geheimorganisationen und die bayerischen Zustände Landesverrat begangen haben. Das Verfahren läuft darauf hinaus, die bayerischen Machenschaften gegen die Republik und die Einheit des Reichs unter den Schutz des Landesverratsparagrafen zu stellen und eine allgemeine Journalistenverfolgung in Bayern einzuleiten. So ist gegen den Dr. Suttner, den Korrespondenten der „Neuen Züricher Zeitung“, Haftbefehl erlassen worden. Bayern soll mit einer chinesischen Mauer umgeben werden, um die Verschwörer gegen das Reich vor jeder Kontrolle zu schützen. Selbstverständlich soll der Prozeß in der Dunkelkammer unter Ausschluß der Öffentlichkeit geführt werden. Angeblich soll das Staatsinteresse gefährdet sein. Man hat der Presse, die mit beschränkter Schweigepflicht zugelassen ist, nahegelegt, die für Bayern unangenehmen Sachen möglichst zu unterdrücken.

Reinerth diese neugewonnene Moorfestung des ersten christlichen Jahrhunderts.

Die Siedlung, die der sogenannten Hallstattperiode angehört, lag auf einer Insel des einstigen Federsees, sie war durch Wall und Graben geschützt. Die Hauptpalisade, deren Durchmesser 136 Meter beträgt, steht in ihrem unteren Teil heute noch so fest wie vor 3000 Jahren und bildet mit ihren in den Uferhohlraum eingetriebenen Pfählen von 5 bis 15 Zentimeter eine 1 Meter dicke Wand. Hinter dieser Hauptverschanzung befindet sich ein 10 Meter breiter Wassergraben, und dann folgt eine weniger stark gebaute Innenpalisade. Diese dreifache Schutzwehr ist aber nur auf der Ostseite der Wasserburg angewendet. Die dahinter aufragende Insel ist von Gebäuden besetzt, die zu verschiedenen Geschossen zusammengelagert sind. Ihre Reste, die Balkenbänke, Wände und eingestürzten Deckenteile gestalten eine Wiederherstellung, durch die man ein genaues Bild einer solchen vorzeltlichen Siedlung gewinnt. Um einen kleinen quadratischen Hof, zu dem eine breite Einfahrt von der Ostseite führt, gruppieren sich in Hufeisenform die Wohngebäude mit ihren rechteckigen Stuben und deutscher Herdstelle. Hier solcher Wohnstuben liegen um den Hof, an den sich die langgestreckten Wirtschaftsgebäude in einer engen, noch nicht meterbreiten Gasse anreihen. Hier befanden sich die Ställe und Vorratsspeicher. Die Bauart ist der in der Hallstattzeit übliche Blockbau; mit Bronzeblechen wurden die Stämme in vorzeitlicher Weise bearbeitet. Statt der Holzballen findet sich nur bei kleinen Nebengebäuden die Flechtwand.

Einen Blick in das tägliche Leben gewähren die zahllosen aufgefundenen Geräte, Gefäße und Schmuckstücke. Es gibt kaum einen Gegenstand der heutigen Töpferei, der nicht damals schon benutzt worden wäre: Napfe, Schüsseln, Schalen, Hentellassen, prunkvolle Pokale, ja sogar Milchkrücheln für Säuglinge und Spülnäpfechen. In Bronzegegüß sind zierliche Messer, Nadeln, Armreifen und Fingerrieme hergestellt. Das schönste Schmuckstück ist eine gewichtige Halskette mit 170 Bronzeeringen, die das Gold jener Zeit darstellten. Die meisten Fundstücke sind infolge der erhaltenen Eigenschaften des Torfes wie die ganze Ansiedlung in bester Erhaltung. Der Reichthum ergibt sich aus den haufenweisen Knochenresten von Rind, Pferd, Schaf, Ziege und Hauschwein. Getreidekörner fehlen, doch deuten die zahlreichen steinernen Handmöhlen auf sein Vorhandensein hin.

Bühnenchronik. Ferner Kraus nimmt seine Tätigkeit am Deutschen Theater in der Rolle von Rossands „Ernst von Bergerac“ am 5. Oktober wieder auf.

Ein Opfer der Wissenschaft. Dem Vorsteher des radiobereitschaftlichen Instituts im Hofpalast von Secomb, Dr. Max Reich, war vor einigen Wochen eine von dem X-Strahlen eingestrichene Hand abgenommen worden. Seit ist der angegebene und hübsche Arzt im Alter von 92 Jahren gestorben.

Deutsche Pädagogen in der Ukraine. Der von einer Reise durch Deutschland und Oesterreich zurückgekehrte ukrainische Volkswissenschaftler, erklärte der „Eiserne Post“, die deutschen Pädagogen zeigten großes Interesse für den Wiederaufbau des ukrainischen Bildungswesens. Eine Reihe deutscher Pädagogen hätte sich bereit erklärt, an der vom Kommissariat herausgegebenen Zeitschrift mitzuarbeiten. Sehr bedeutende deutsche Pädagogen wollen am ukrainischen Bildungstreffen im November in Charkow teilnehmen.

Aus dem Heer der Republik.

Die Löwener Soldaten vor Gericht.

(Von unserem Sonderberichterstatter.)

SPD. Im Arbeitsaal des Gefängnisses in Lod begann am Freitag vor der Strafkammer des Landgerichts Lod der Prozeß gegen 96 Angehörige der 9., 10. und 11. Kompagnie des Reichswehregiments 2 in Löwen.

Die Beweisaufnahme ergab folgendes: In der 9. Kompagnie des genannten Regiments war gegen den selbstverwundenden Kompagnieführer Oberleutnant Besche eine starke Mißstimmung entstanden, weil er u. a. die Mannschaften mit „Die Schweinehund“ titulierte, ihnen drohte „Ich schlage Sie in die Schenkel, daß Sie in die Erde stiegen“ und auf einem 30 Kilometer langen Übungsmarsch trotz Bitten des Vertrauensmannes das Bereitstellen von Wasser verweigerte. Auch in der 10. Kompagnie wurden die Mannschaften durch den Kompagnieführer Hauptmann Schüler mit gleichen Ausdrücken bedacht. Die Mißstimmung erfuhr durch folgende Vorgänge eine weitere Steigerung. Am 7. Juli sangen einige Leute der 9. Kompagnie im Besatzzimmer Arbeiterlieder, darunter das bekannte „Wer schloß das Gold zutage?“ Der Unteroffizier vom Dienst untersagte das Singen, worauf von den Mannschaften einige Disziplinsittigkeiten folgten. Der Unteroffizier stellte die Namen fest und meldete sie. Am Sonntag, den 9. Juli, trafen sich zufällig mehrere der daran beteiligten Mannschaften in einem Tanzlokal. Sie besprachen dann später in einer improvisierten Versammlung im Walde, was zu tun sei, um einer Bestrafung zu entgehen. Es wurde beschloffen, am Montag nach dem Stadtwalde eine Versammlung einzuberufen, die aber den Vorgesetzten geheimgehalten werden sollte. Diese Versammlung wurde von ungefähr hundert Reuten verschiedener Kompagnien besucht. Folgende Forderungen, die den Offizieren vorgelesen und mit Gewalt durchgeföhrt werden sollten, fanden Annahme: Auszahlung der Loerungszulage, bessere Behandlung, weniger Dienst, Entfernung der Kaiserbilder und gewisser mißliebiger Offiziere. Geschloffen sollte zum Offizierskafee marschiert werden. Auf dem Reiterhof kam es nunmehr zu den bekannten Vorgängen, in deren Verlauf mehrere Soldaten, die sich mit Waffengewalt Eingang durch die von Unteroffizieren besetzten Kasernenlären verschaffen wollten, verhaftet wurden. Andere Pläne, wie die feste Boykott zu beschließen, falls der Bausch schislagelagen sollte, kamen nicht zur Ausführung. Auch die Idee unflarer Köpfe, evtl. die öffentlichen Gebäude zu besetzen und die Offiziere, soweit sie sich mißliebige gemacht haben, zu verhaften, oder gar eine Arbeiterregierung ins Leben zu rufen, blieb lediglich ein Hirnspinn. Bei der Propaganda dieser unflaren Ideen hat ein anscheinend als Cookspiegel dienender Mann des Regiments Menkert eine unausgesprochene Rolle gespielt. Das Gericht ging auf die Täthigkeit dieses Mannes nicht ein; ebensowenig er in der Urteilsbegründung nicht erwähnt. Ein Zusammenhang

ein anscheinend als Cookspiegel dienender Mann des Regiments Menkert eine unausgesprochene Rolle gespielt. Das Gericht ging auf die Täthigkeit dieses Mannes nicht ein; ebensowenig er in der Urteilsbegründung nicht erwähnt. Ein Zusammenhang

Frankreichs Pläne am Rhein.

Aus dem Saargebiet wird uns geschrieben: Der Bericht, den der Vorsitzende des Finanzausschusses der französischen Deputiertenkammer Dariau auf Grund einer Dienstreise im besetzten Gebiet der französischen Regierung erstattete, hat in der Öffentlichkeit erhebliches Aufsehen erregt. Aus dem Bericht, der die Abtrennung der Rheinlande vorschlägt, ist indessen eine Tatsache nicht bekannt geworden, die für die französische Rheinlandpolitik hoch bedeutsam ist. Bisher hat man die Bevölkerung in der Weise zu beeinflussen versucht, daß man erklärte, die Besetzung würde nicht eher ein Ende finden, bis Deutschland keine Reparationsverpflichtungen auf Heller und Pfennig erfüllt hätte. Frankreich würde außerdem solange seine Truppen nicht zurückziehen, solange die Rheinlande zu Preußen gehören. Es wurde der Bevölkerung gesagt, die Besetzung würde dann ein Ende nehmen, wenn gewisse Vorbedingungen erfüllt seien, die die Rheinlande selbst erfüllen könnten. Der Bericht des Herrn Dariau enthält diese Versprechungen als einen Volksbetrug größten Stils. Als Hauptziel der französischen Politik fordert er nämlich ein freies Rheinland — unter dem militärischen Schutz Frankreichs und Belgiens.

Diese Pläne sind keine Phantastereien. Das Pariser „Journal“ hat selbst erklärt, Poincaré habe sie gebilligt, und noch ist diese Behauptung nicht dementiert worden. Daß Frankreich nicht daran denkt, seine Truppen aus dem besetzten Gebiet zurückzuziehen, das haben wir Saarländer am eigenen Leibe erlebt. Bis zum Inkrafttreten des Friedensvertrages konnte die Anwesenheit französischer Truppen vielleicht noch mit Rechtsgründen belegt werden. Von diesem Zeitpunkt an war aber ausdrücklich für die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung eine örtliche Gendarmerie vorgeschrieben. Was geschah? Flugs verwandelten sich die französischen Besatzungstruppen in Garnisonstruppen. Das hinderte natürlich nicht, daß man nach wie vor gegen Recht und Gesetz französischen Arbeiter trotz aller deutschen Proteste vor französische Kriegsgerichte schleppete.

Frankreichs imperialistische Politik verfolgt im Saargebiet die gleichen Pläne, wie sie im besetzten rheinischen Gebiet verfolgt werden. In dankenswerter Weise hat Herr Dariau diese Pläne ausgelegt. Wir werden dafür Sorge tragen, daß sie der Bevölkerung im besetzten Gebiet nicht unbekannt bleiben.

Russisch-polnischer Handelsvertrag? Warschauerin hat weitere Konferenzen mit Vertretern der polnischen Regierung abgehalten, darunter mit dem Vertreter des Ministeriums für Handel und Industrie Strahburger über den Abschluß eines Handelsvertrages.

Devisenkurse.

	2. Oktober		30. September	
	Käufer- (Gold-) Kurs	Verkäufer- (Silber-) Kurs	Käufer- (Gold-) Kurs	Verkäufer- (Silber-) Kurs
100 holländische Gulden	69712.75	69887.25	69670.80	68829.70
1 argentinischer Papier-Peso	696.70	698.80	579.27 1/2	590.72 1/2
100 belgische Franc	12883.65	12916.15	11685.65	11714.65
100 norwegische Kronen	81061.10	81188.90	28024.90	28065.10
100 dänische Kronen	80658.75	87046.25	83458.05	83508.95
100 schwedische Kronen	47690.80	47809.70	48245.85	48354.15
100 finnische Mark	8635.05	8644.95	8595.50	8604.50
1 japanischer Yen	863.90	866.10	794.—	796.—
100 italienische Lire	7690.85	7708.65	6976.25	6993.75
1 Pfund Sterling	7915.05	7934.95	7191.—	7209.—
1 Dollar	1812.73	1817.27	1647.93	1659.07
100 französische Franc	18732.80	18767.20	12548.80	12565.70
1 brasilianischer Milreis	204.74	205.26	190.76	191.24
1 Schweizer Franc	38907.65	38992.35	30661.25	31088.75
100 spanische Pesetas	27965.75	27434.25	24989.76	25081.25
100 österr. Kronen (abgeß.)	2.48	2.52	2.20 1/2	2.24 1/2
100 tschechische Kronen	5967.90	5982.10	5008.65	5081.35
100 ungarische Kronen	72.90	73.10	65.91	66.09
100 bulgarische Lewa	1068.95	1071.85	983.75	986.25

100 Polenmark gelten etwa 20,25 RM.

der Vorgänge mit kommunistischer Agitation konnte nicht einwandfrei festgestellt werden. Das Gros der Beteiligten ist nach dem Ergebnis der Beweisaufnahme als leichte Missetäter zu betrachten, die sich über die Folgen ihres Tuns durchaus im unklaren waren. Hinzu kommt, daß über das Versammlungsrecht der Mannschaften, insbesondere über die einzuholende Genehmigung zu Versammlungen, überhaupt keine Instruktion erteilt war.

Der Staatsanwalt beantragte für die Hauptbeteiligten Gefängnisstrafen von 18 bis 26 Monaten, für die übrigen Gefängnisstrafen von 2 bis 6 Monaten und darunter. Zehn Angeklagte wollte er freigesprochen wissen. Er nannte die Tat einen

Dummenjungenstreik.

der aber symptomatisch sei für die Zeit, in der wir leben und besonders deshalb so hart bestraft werden müsse, weil er so ernste Folgen hätte haben können. Unfassbar war diesem Staatsanwalt, daß eine deutsche Truppe meutern konnte, weil der Dienst zu schwer sei und weil die Kaiserbilder noch nicht entfernt worden waren.

Nach mehrstündiger Beratung verkündet der Vorsitzende Landgerichtsrat Stahl das

Urteil:

Die Hauptbeteiligten Postinger und Robert erhalten je drei Jahre zwei Monate Gefängnis, Jantowski und Haselom je ein Jahr und 6 Monate wegen Aufruhr mit der Waffe, Abhaltung von geheimen Versammlungen usw. Die übrigen Angeklagten werden bestraft zwischen einem Jahr und drei Monaten; mehrere Beteiligte erhalten 2 Monate Gefängnis, einer 3 Wochen Mittelarrest. 19 Angeklagte werden freigesprochen. Der Mehrzahl der Beteiligten wird Strafausschub gewährt, soweit ihre Strafe 6 Monate nicht übersteigt. Die Unteruchungshaft soll allen Angeklagten mit 2 Monaten 2 Wochen angerechnet werden. Mit Ausnahme der vier genannten Hauptbeteiligten werden alle Angeklagten aus der Haft entlassen.

Aus der Zeugenvernehmung ist noch zu berichten: Ein Zeuge, Dr. Hartmann, belästete einen der Angeklagten recht schwer, indem er behauptete, der Angeklagte hätte die Entfernung der Offiziere verlangt. Unwidersprochen von dem Zeugen Dr. Hartmann stellte der Angeklagte fest, daß der Zeuge aus Anlaß der Ermordung Rathenous anherie: „Das ist gut, daß das Schwein fort ist, es werden noch andere folgen.“ Er, der Angeklagte, habe sich in der Form geäußert: „Es ist doch sonderbar, daß immer ehemalige Offiziere an solchen Werten beteiligt sind. Reaktionsäre Offiziere müßten aus der Reichswehr entfernt werden.“ Der Angeklagte, übrigens sonst wenig belästet, ist aus der Reichswehr entlassen! Der Zeuge, der sich über den Word an einem Minister der Republik freut und das unverschämte äußert, ist heute noch Angehöriger der Reichswehr.

Ein Zentrumsmann gegen den Bayern-Kurs.

Eine Rede des Abgeordneten Zood.

Auf einer Tagung der katholischen Arbeitervereine Westdeutschlands hat gestern der Reichstagsabgeordnete Zood ein politisches Referat erstattet, in dem er unter allgemeinem Beifall der großen Zuhörerschaft ausführlich und sehr offen zu der Entwicklung in Bayern Stellung nahm. Mit großer Entschiedenheit wandte er sich dabei gegen die unter Berufung auf den Münchener Katholikentag betriebene reaktionäre Hege, eines Teiles der bayerischen Presse und ganz besonders gegen das Spiel mit dem Gedanken einer Trennung des deutschen Südens vom Norden; dazu, so erklärte er, werde die katholische Arbeiterkraft ihre Hand nun und nimmer bieten. Die bayerische Frage werde allmählich zu einer Lebensfrage für das Reich, für unser Rheinland und den ganzen deutschen Westen. Nur um das Reich und die Reichseinheit zu retten, habe die Nationalversammlung vor drei Jahren den Friedensvertrag unterschrieben. Die Reichseinheit darf jetzt nicht um des Hauses Wittelsbach willen aufs Spiel gesetzt werden.

Auflösung reaktionärer Organisationen.

Der preussische Minister des Innern, Genosse Severing, hat auf Grund des Gesetzes zum Schutze der Republik den Bund der Niederdeutschen Hamburg mit allen seinen Zweigen und Unterabteilungen für den gesamten Bereich des Freistaates Preußen für aufgelöst erklärt. In der Begründung wird gesagt, daß am 6. Juli d. J. in Bergedorf Waffen beschlagnahmt wurden, die dem Bund gehörten und nach den Aussagen eines Vorstandsmitgliedes für den Selbstschutz des Bundes beschafft worden sind. Dieser Waffenfund beweise, daß der Bund der Niederdeutschen Bestrebungen verfolge, die im Sinne des Gesetzes zum Schutze der Republik strafbare Handlungen darstellten.

Der Vertrag von Versailles verbietet in seinen Artikeln 177 und 178 solche Vereinigungen, die militärische Übungen abhalten und ihre Mitglieder im Gebrauch von Kriegswaffen ausbilden. Auf Grund des Gesetzes zur Durchführung des Friedensvertrages hat der preussische Minister des Innern im Einvernehmen mit der Reichsregierung den Wismarck-Bund in Halle aufgelöst, da Feststellungen ergeben haben, daß er sich Bergehen gegen die Bestimmungen des erwähnten Gesetzes zuschulden kommen lassen hat.

Eine griechische Drohung.

London, 2. Oktober. (W.B.) Einer Blättermeldung aus Konstantinopel zufolge, hat der Oberbefehlshaber der griechischen Truppen in Thrazien den alliierten Hauptquartieren mitgeteilt, daß er nicht in der Lage sein werde, die neutrale Zone bei Thakalischka zu respektieren, wenn die türkischen Banden, die sich in diesem Bezirk gebildet haben, weiter die griechische Front angreifen.

Die Unruhen in Ostgalizien.

Wien, 2. Oktober. (W.B.) Ueber die Zustände in Ostgalizien berichten nach einer Zusammenstellung der Westukrainischen Presse-Agentur Lemberger Wälder: Allein in der Zeit vom 13. bis 21. September wurden in den Bezirkshauptmannschaften Stanislaw, Tarnopol und Przemysl weit über 50 polnische Gutshöfe, die zum größten Teil wüsten gehörten, in Brand gesteckt und bedeutende Getreidevorräte eingeeßert. Der Schaden beträgt viele Hunderte von Millionen. Eine Reihe Telegraphen- und Telephonleitungen wurden zerstört. In Peczynym wurde das Gebäude der Bezirkshauptmannschaft eingeeßert, in Ubrnik eine Bombe in die Wohnung des Gemeindevorstehers geworfen.

Der völksparteiliche Landtagsabgeordnete Graf Stolberg veröffentlicht in der „Zeit“ einen Artikel, der mit den Worten beginnt: „Der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Sellmann hat auf dem Augsburger Parteitag mit Recht erklärt, daß Sozialisierung und Internationalismus nichts als Schlagwörter seien.“ — Genosse Sellmann hat nie und nirgends etwas derartiges erklärt. Der weitere Inhalt des Artikels ist ungefähr ebenso richtig.

Gewerkschaftsbewegung

Zum Lohnkampf der Wiener Metallarbeiter.

Nach dem Jüderprinzip hatten die Metallarbeiter auf eine Lohn-erhöhung von 91 Proz. Anspruch. Die Unternehmer verweigerten diese Zulage und boten 50 Proz. Die Vertreter der Arbeiter gingen schließlich auf 80 Proz. zurück, um einen Kampf zu vermeiden, der 300 000 Arbeiter und Angehörige mit ihren Familienangehörigen, zusammen eine Million Menschen, ein Sechstel der ganzen Bevölkerung Deutschösterreichs, in Mitleidenenschaft ziehen müßte. Der Bruch in der Metallindustrie mußte auch in der chemischen Industrie und der Textilindustrie zum Konflikt führen und auch die Pausangestellten und die Industrieangestellten treffen. Die schönste Gelegenheit zu einem „Generalstreik“. Die „Gewerkschaftsböden“ haben sie wie immer „verpöht“. War der offene Kampf nicht zu vermeiden, dann müßte er ausgefochten werden. Die Unternehmer hatten den Konflikt vom Jaun gebrochen, sie wollten den ihnen günstigen Zeitpunkt des Kampfes bestimmen.

Trotz aller Provokationen der Unternehmer mußten sich die Vertretenden ihrer Verantwortung bewußt sein. Den am schlechtesten entlohnten Arbeitern wollten die Unternehmer eine etwas höhere Zulage machen, um die besser bezahlten Arbeiter dafür die Kosten tragen wollten, in Gestalt einer geringeren Zulage. Seit dem 2. September hatten die Arbeiter bereits 36 Proz. Forderung auf die Fälligen 91 Proz. Da erklärten denn die Unternehmervertreter Ende September, daß sie zu den gezahlten 50 Proz. nur noch 5 bis 10 Proz. bewilligen könnten, darüber hinaus hätten sie keine Vollmacht — nachdem sie zuvor bereits 50 Proz. geboten hatten. Schlimmer ist kaum je eine Gewerkschaft provoziert worden. Allein die österreichische Metallarbeiter-Gewerkschaft zeigte sich der Situation gewachsen. Ihre Geduld war auf eine harte Probe gestellt. Sie haben sie bestanden. Die Unternehmer, die stets damit operieren, daß der tätige Arbeiter besser bezahlt werden muß, wandten sich nun gegen die mechanische Auswirkung des Jüder, gegen die prozentuale Vervielfachung der höchstbezahlten Arbeiter. Die Gewerkschaften hatten schon längst darauf hingewiesen, daß eine rein mechanische prozentuale Zulage die Spannung zwischen den niedrigen und den höheren Löhnen schließlich immer mehr vergrößert, das heißt die große Masse der Arbeiter in ihrem Lohnverhältnis zu weit zurückbleibt. Es bleibt abzuwarten, wie sich die Lehren dieses Lohnkampfes auf die weitere Anwendung des Jüderprinzips äußern werden.

Wie bereits berichtet, ist durch die Vermittlungaktion der drei Präsidenten des Nationalrats in letzter Stunde eine Einigung zustande gekommen, wonach das Jüderprinzip zwar aufrechterhalten, jedoch modifiziert wurde. Die Teuerungszulage wurde von 4500 auf 4800 Proz. und die festen Zulagen verdoppelt.

Die Betriebsräte der Metallindustrie haben die Vereinbarungen ihrer Vertreter mit dem Industrieverband über die Erhöhung der gleitenden Teuerungszulage und der festen Zulage angenommen.

Gleichzeitig erfolgte auch die Einigung in der chemischen Industrie, die Streiks der Kaffeehausangestellten und der Schmeckwarenhersteller wurden mit ansehnlichen Erfolgen beendet und die Lohnbewegung der Bäcker abgeschlossen.

Der Rückgang der deutschen Mark von 68 auf 48 Kronen hat eine Abzugsnot in Oesterreich herausbeschworen, die die Bewegung der Metallarbeiter erschwerte.

Der Schiedsspruch im Ruhrbergbau für verbindlich erklärt!

Der Schiedsspruch über die Entlohnung der Ruhrbergarbeiter für den Monat Oktober vom 19. September ist von den Arbeitgebern abgelehnt, von den Arbeitnehmern angenommen worden. Das Reichsministerium hat den Schiedsspruch geheim für verbindlich erklärt und damit eine sichere Rechtslage für die Verhandlungen über die Entlohnung der anderen Kohlenreviere geschaffen, die heute im Reichsarbeitsministerium weiter vor sich gehen.

Das Werner-Werk geschlossen, die Arbeiter entlassen!

Das Pressebureau des Siemens-Konzerns verbindet diese Mitteilung mit folgender Darstellung: „Gestern drang ein Teil der Belegschaft des Werner-Werkes der Siemens u. Halske A.G. in die Direktionsräume ein und verlangte, trotzdem über die Angelegenheit bereits Verhandlungen zwischen den beiderseitigen Verbänden schwebten, die Rücknahme der Entlassung eines Betriebsratsmitgliedes, das wegen unbefugten Verlassens seiner Arbeit entlassen worden war. Durch tätliche Bedrohung der Betriebsleitung wurde das Zugeständnis der Wiedereinstellung erpreßt. Da durch diese Vorgänge eine ordnungsmäßige Fortführung des Betriebes unmöglich gemacht worden ist, hat sich die Direktion der Siemens u. Halske A.G. gezwungen gesehen, das Werner-Werk bis auf weiteres zu schließen und die Arbeiter zu entlassen.“

Nach der passiven Resistenz und der Aussperrung der Belegschaft in der Apparatefabrik der AEG, die Aussperrung im Werner-Werk! Es bleibt abzuwarten, wie der Sachverhalt von Arbeiterseite aus dargestellt wird. Immerhin muß von den Betriebsratsmitgliedern erwartet werden, daß sie in allen Fällen die einfachsten Regeln der gewerkschaftlichen Taktik beobachten. Erst recht aber zu einer Zeit, in der die Arbeiterseite des Gewerkschafts hat, daß das Unternehmertum provokatorisch vorgeht. Das ist keine Entschuldigung für überreifes Vorgehen, sondern ein Grund, sich nicht provozieren zu lassen. Se überlegter und besonnener in jedem Konfliktfalle vorgegangen wird, um so günstiger wird die Position der Betriebsräte wie auch die der Gewerkschaftsfunktionäre bei den Verhandlungen sein.

Sollten aber die kommunistischen Funktionäre in den Betrieben putzen, dann muß ihnen die Gesamtheit der Belegschaft

bedeuten, daß sie ebensowenig berechtigt sind mit der Arbeiterschaft Schindluder zu treiben wie das Unternehmertum. Jedes blinde Drauslosgehen verfehlt seinen Zweck.

Aussperrung in der AEG-Apparatefabrik.

Uns wird berichtet: „In früheren Verhandlungen forderten die Vorarbeiter eine höhere Bezahlung, als sie die Arbeiter bekamen, denen sie als Vorgesetzte vorstanden. Nach dem Tarifvertrag bekommen die Vorarbeiter neben der Ausgleichszulage, wie sie im Vertrag zwischen dem Verbande Berliner Metallindustrieller und dem Deutschen Metallarbeiterverband vorgesehen ist, eine Vorarbeiterzulage in der Höhe bis zu 2 M. Es kam auf Grund dieser Regelung vor, weil die Vorarbeiterzulage bei den letzten Lohnregulierungen für die übrige Arbeiterschaft nicht mit erhöht worden war, daß Vorarbeiter weniger verdienen als die übrige Belegschaft. Verhandlungen mit der Fabrikleitung führten zu keinem befriedigenden Ergebnis. Die Fabrikleitung teilte mit, daß sie am 2. Oktober über die Forderung endgültig Bescheid geben werde. Später wurde jedoch den Betriebsräten mitgeteilt, daß sie erst am Mittwoch Bescheid erhalten könnten, weil dann über die Erhöhung der Vorarbeiterzulage und die Einklassifizierung der Vorarbeiter in den Tarifvertrag zwischen den Organisationen verhandelt werde. Damit gaben sich die Vorarbeiter nicht zufrieden und beschloßen am Sonnabend, in passive Resistenz einzutreten. Die Unternehmer gaben sofort durch Anschlag bekannt, daß, wenn die Vorarbeiter sich nicht mit dem Bescheid der Direktion begnügen und in passive Resistenz eintreten, die Apparatefabrik geschlossen werden müßte. Die Vorarbeiter traten dennoch in passive Resistenz. Daraufhin ließ die Direktion die zweite Schicht am Sonnabend nicht mehr zu ihren Arbeitsplätzen.“

Weil die 300 Vorarbeiter auf eigene Faust vorgehen, sperre die Direktion der Apparatefabrik über 10 000 Arbeiter, die direkt nichts mit der Bewegung zu tun hätten, einfach aus. Begreiflicherweise bemächtigte sich der Arbeiter eine starke Erregung, die auch sehr deutlich in der großen Versammlung der Aussperrten am Montagfrüh zum Ausdruck kam. Nur dem besonnenen Eingreifen der Funktionäre der Arbeiter ist es zuzuschreiben, daß sich nicht größere Komplikationen ergeben haben.

In der Versammlung kam zum Ausdruck, daß die Kollegenschaft aus den Maßnahmen der Unternehmer nun doch endlich die Schlußfolgerung ziehen möchte, sich ebenso gelöst von ihren Organisationen anzuschließen. Der Vertreter des DWA teilte mit, daß er bereits am Montagfrüh mit Direktor Elbes in Verhandlungen getreten sei und sich weiter bemühen werde, im Laufe des Tages weitere Verhandlungen mit der Fabrikleitung der AEG zu führen.

Die Verhandlungen, die von der Organisation mit der Fabrikleitung geführt wurden, gingen dahin, daß, wenn die Vorarbeiter ihren Beschluß auf passive Resistenz aufheben und den Beschluß am Mittwoch abwarten, dann heute die Arbeit wieder aufgenommen werden kann. Nach der uns gewordenen Mitteilung haben die Vorarbeiter in ihrer Versammlung beschlossen, ihre passive Resistenz aufzuheben. Infolgedessen konnte heute früh die Arbeit in den Apparatefabriken wieder beginnen.

Wenn auch durch die Verhandlungen, die der Deutsche Metallarbeiterverband geführt hat, die Differenz beigelegt worden ist, so zeigt sich doch klar und deutlich, daß auch ohne Aussperrung, wenn man den Vertretern der Arbeiter die Möglichkeit gab, mit der Direktion eine Aussprache zu pflegen, auf gültige Art und Weise die Sache beigelegt werden konnte. Aber es scheint, als wenn die Unternehmer den Arbeitern unter allen Umständen ihre brutale Gewalt zeigen müssen.

Der Betriebsrat teilt uns mit, daß die Aufnahme der Arbeit heute in allen Abteilungen der Apparatefabrik der AEG. zur üblichen Stunde erfolgt.“

Metallarbeiter des Südens (Bezirk 8-10)!

Dienstag 4 1/2 Uhr im Gewerkschaftsclub, Saal I: Versammlung sämtlicher Funktionäre der Richtung Amsterdamer. In Vertreten, wo kein Gewerkschaftsfunktionär unserer Richtung beschäftigt ist, muß ein anderer Kollege den Betrieb vertreten. Jeder Betrieb muß vertreten sein. Mitgliedsbuch der Partei und Gewerkschaft legitimiert. Der Fraktionsvorstand.

Deutscher Bauarbeiterverband, Bezirksverein Berlin. Mittwoch von 8 bis 8 Uhr Uhrabstimmung über den Schiedsspruch des Bezirkslohnkomitees in den bekannten Abstimmungslokalen. Wir bitten, die Anzeige in dieser Nummer des „Vorwärts“ zu beachten. Der Vereinsvorstand.

Ueber die Neuregelung der Grundgehälter, der Orts- und Kinderzuschläge der Reichsbeamten und Angestellten sind gestern vormittag im Reichsfinanzministerium die Beratungen wieder aufgenommen worden. Die Verhandlungen gestalten sich wegen mancher technischen Einzelheiten schwieriger, als zunächst vorauszusetzen war. Infolgedessen ist ein Abschluß der Verhandlungen noch nicht erfolgt.

Im Saargebiet fällt heute die Entscheidung über die Annahme des Schiedsspruches, den der Schlichtungsausschuß für die weiterverarbeitende Eisenindustrie abgegeben hat, wonach auf die in der zweiten Septemberhälfte erzielten Verdienste mit Ausnahme der sozialen Zulagen ein Zuschlag von 10 Proz. gezahlt wird. Die Unternehmer hatten jede Lohnerschöpfung abgelehnt.

WVA-Kaufmannsgerichtsbekannt! Heute 7 1/2 Uhr im „Roten Saal“ des Zentralverbandes der Angestellten, Berlin SW., Belle-Alliance-Str. 710 117, Aufmunterung. Vortrag von Dr. Wöhring.

Die WVA-Funktionäre der Metallindustrie treffen sich heute nachmittags 5 Uhr vor der WVA-Versammlung in den Rüstergässen, Kaiser-Wilhelm-Str. 21 (Speislokal), zu einer wichtigen Vorbereitungs-

WVA-Funktionäre der Metallindustrie. Heute 6 1/2 Uhr in der Bremerstr. 13, Schönbauer Allee, Versammlung. Bericht über die Manteltarifverhandlungen mit dem DWA.

Deutsche Filmgewerkschaft. Mittwoch 8 Uhr Versammlung aller Holzarbeiter der Film-Industrie, Charlottenstr. 8, Arbeitslokalraum. — Das Film-

Deutscher Bauarbeiterverband, Nordgruppe 29. Mittwoch 7 Uhr Mitglieder-versammlung im Hotel Köhning, Neue Friedrichstr. 1. Wichtiges Tagesordnung. Sitzung, Tagesbericht! Mittwoch 7 Uhr in der Königsbau, Große Frankfurter Str. 117, Versammlung.

Wirtschaft

Von den Produktenmärkten.

Die Geschäftstätigkeit der Agrarier zeigte sich neuerdings recht drohtisch am Maismarkt. Der Beirat des Reichsmonopolamts für Branntwein hat auf Vorschlag dieses Amtes den Zuschlag für Maisprit vom 1. Oktober an auf 12 000 M. pro Hektoliter festgesetzt, so daß, da ein Grundpreis für Kartoffelspirit von 8500 M. bestimmt worden ist, die Brennereien für 1 Hektoliter Maisbranntwein für den Monat Oktober 20 500 M. erhalten. Es ist ihnen zugesagt worden, daß die Zuschläge für Maisbranntwein allmählich entsprechend dem Maispreis festgesetzt würden. Die Brennereibesitzer benützen jetzt die Gelegenheit, um möglichst große Maismengen einzukaufen, für die sie den jetzt geltenden Preis bezahlen. Verarbeitet wird dieser Mais in späteren Monaten. Für den Branntwein, der aus ihm gewonnen wird, bekommen sie natürlich den Preis, der auf Grund des in den Ablieferungsmonaten geltenden Maispreises bezahlt wird. Der Maispreis schloß über die Preise für Brotgetreide, selbst über die für Weizen hinaus! Das Geschäft auf diesem Gebiete wäre noch reger gewesen, wenn nicht Kapitalmangel und Geldknappheit hemmend den Umfang beeinflusst hätten. Es ist jetzt die Zeit, wo die Landwirte erhebliche Gelder zur Beschaffung des erforderlichen Saatgutes und der Düngemittel gebrauchen.

Reges Geschäft war auch am Gerstenmarkt zu beobachten. Hier treten in erster Linie die Malzkaffeeabriken als Käufer auf. Bei dem Rückgang des Konjunks in Kaffee wird Malzkaffee als Hauptersatz hierfür sehr stark gekauft. In diesem Markt erschienen auch wieder die Brauereien als starke Begehrer. Da aber die Qualität der deutschen Gerste als Braugerste nicht gut genug ist, mußten die Brauer ihren Bedarf in der Hauptsache mit tschechoslowakischer Ware befriedigen. Bei dem Defizitstand war infolgedessen das Geschäft in Braugerste verhältnismäßig gering.

Auch der Hafermarkt lag sehr fest. Die Ernte ist in dieser Getreideart sehr gering ausgefallen, so daß die Landwirte ihren Ernteertrag vorerst nicht abgeben, sondern ihn teilweise in eigener Wirtschaft verwenden, teilweise abwarten, bis die Preise so stark gestiegen sind, daß sich die Erträge „lohn“. Bei dieser Sachlage konnten die starken Anforderungen der Haverstodfabriken, die sehr gern große Mengen zur Verarbeitung gekauft hätten, nicht befriedigt werden. Uebrigens sind die Haferpreise auch durch die Entwertung des Maispreises in die Höhe getrieben worden.

Das Roggengeschäft ist im Verhältnis zu früher zurückgegangen, und zwar liegt das daran, daß sofort greifbare Ware fast gar nicht zu haben ist. Die Landwirte sind mit Bestellungen der Belegschaft und können sich infolgedessen dem Ausdruck der Ernte und dem Verladen sehr wenig widmen. Es kommt hinzu, daß die Preise von Roggen stärker gestiegen sind als die des Weizens, so daß sich der Unterschied zwischen Weizen und Roggen erheblich verringert hat. Die Ablieferungen des Umlagegetreides für das erste Drittel lassen — man konnte nach den Vorkößen, die von agrarischer Seite bekanntlich in bezug auf die Erhöhung des Preises für das Umlagegetreide des ersten Drittels gemacht wurden, es nicht anders erwarten — sehr zu wünschen übrig. Die Ablieferungspläne rechnen eben bestimmt mit der Erhöhung und halten infolgedessen so lange zurück, bis diese bewilligt ist.

Die Katastrophen, zum Teil durch die Valuta bedingten Preissteigerungen für Getreide und Mehl am freien Markt während der letzten Monate gehen aus folgender Tafel hervor:

	28. Juni	5. Juli	2. August	2. Oktober
50 kg Weizen, märkischer	840-875	1025-1050	1500-1525	2450-2500
50 kg Roggen, märkischer	602-606	790-818	1240-1275	2100-2150
50 kg Sommerweizen	720-750	910-925	1475-1525	2350-2450
50 kg Weizen ab Hamburg	592-596	770-775	1285	2000-2050
100 kg Weizenmehl	2075-2200	2750-2900	3875-4050	5550-10200
100 kg Roggenmehl	1530-1560	2000-2150	2800-3000	3600-3800

Im Gegensatz zu den Ausstreuerungen von interessierter Seite wird über die Heuernte berichtet, daß sie gut ausgefallen sei. Es soll beispielsweise nach Berlin derartig viel Heu kommen, daß die Heuhändler Mühe haben, die ankommenden Mengen abzuliefern. Die Preise haben trotzdem keine Senkung erfahren. Reichlich knapp dagegen ist Stroh, das besonders stark von Papierfabriken zur Verarbeitung begehrt wird. U. S.

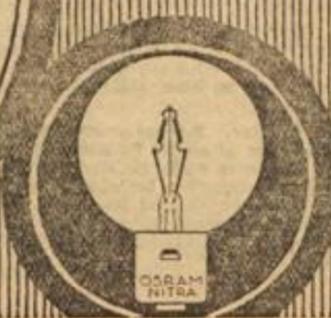
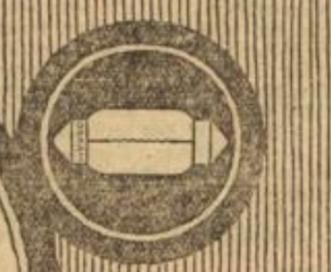
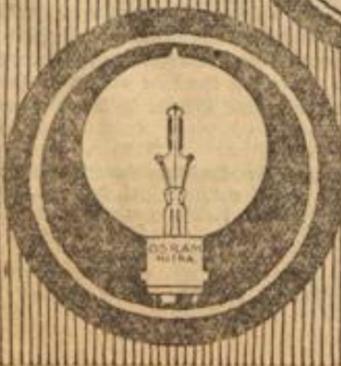
Währungs- und Kreditnot im Reichswirtschaftsrat. Am Montag begann der Reparationsausschuß des Reichswirtschaftsrats die Beratung der herrschenden Währungs- und Kreditnot. Es wurden zwei Arbeitsausschüsse eingesetzt, die Maßnahmen beraten sollen, die zu einer Stabilisierung der Währung führen können. Außerdem sollen sie neue Kreditformen ausarbeiten.

Verantwortlich für den rebakt. Teil: Victor Schiff, Berlin; für Angelegenheiten, Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin, Druck: Vorwärts-Druckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin, Lindenstr. 3, Bureau 1. Blatt.

Für jede elektrische Auto-Beleuchtung unentbehrlich

OSRAM

AUTO-LAMPEN



Selb für Blau.

Der heute ein ehrbarer Greis ist, der wird, wenn er in seine Kindheit zurückdenkt, sich nicht anders erinnern, als daß die Briefkästen auch damals schon blau waren, preussisch-blau. Die Keinen Kästen auf dem Lande sahen und sehen aus wie blau angestrichene Schublotten, und die großen in der Stadt weisen, solange man denken kann, jenen wunderbaren ornamentalen Schmuck auf, der die Vermutung aufkommen lassen soll, daß sich bei ihrer Herstellung ein Künstler — und was für einer — mit ihnen beschäftigt hat. Am Krieg war selbst dieses herrliche preussische Blau arg verpönt. Denn da die Heimat feldgrauer war als die Feldgrauen selber, die sich eins darüber lachten, so war es ganz selbstverständlich, daß die Geheimräte verfügten, daß auch die Briefkästen feldgrau angestrichen wurden. Da die Farbe aber nicht sonderlich hielt: — die Farbenfabrikanten hatten eben doch keine echte feldgraue Geminnung —, so wurde sie vom Regen bald ausgewaschen, und nun entstand aus Grau und Blau etwas, das aussah wie ein Drechhausen. Nach dem Krieg kam wieder preussisch Blau zu Ehren. Nachdem man sich aber mehrere Jahrzehnte an dieser herrlichen Farbe und den noch herrlicheren Briefkästen ergötzt hat, macht jetzt die Reichspostverwaltung den löblichen Versuch, auch mal eine andere Farbe zu nehmen.

Selb ist eine sehr schöne Farbe. Worum auch nicht. Erinnert sie doch unter anderem an die vielen Goldmillionen, die uns jetzt so sehr fehlen, weil sie die Brotschieber deutscher Nation beizeiten ins Ausland gebracht haben. Selb ist auch sehr leuchtend, und es ist inselgedessen sehr einleuchtend, wenn die Reichspost zur Abwechslung einmal auf Selb kommt. Das hat sie denn auch wirklich mit Hilfe von Professor Peter Behrens, der einen ganz neuen Briefkasten konstruiert hat, fertiggebracht, und der neue Kasten hängt jetzt am Hause des Handelsministeriums an der Ecke Leipziger Straße, gegenüber Wertheim, und die Reaktions-Opapas des „Berliner Lokal-Anzeigers“ fühlen sich alle Tage von dem neuen, blanken, glänzenden Briefkasten höhnisch angeblökt, so daß sie es einfach nicht mehr aushalten konnten. Sie lehnten sich hin und quälten sich einen Schrei ab, in dem sie der Post zum Vorwurf machten, daß sie wohl sehr viel Geld übrig haben müsse. Fährt man den Gedanken folgerichtig durch, so kommt man zu dem Schluß, daß die blauen Briefkästen der Post überhaupt nichts gekostet haben. Schließlich meinen die Klagen des schmerzlichen Nachfolgers, die Reklame auf dem gelben Briefkasten verhandelt das Stadtbild. Das ist doch ungefähr dieselbe Logik, als wenn man logen wollte: Der Passagier, der von der Fähre Sagnitz-Trelleborg eine Nummer des „Lokal-Anzeigers“ ins Meer schwimmt, verhandelt damit die Offsee. Man kann im Gegenteil die Postverwaltung nur beglückwünschen, daß sie den ersten Versuch gewagt hat. Die alten blauen Kästen sind in der Tat recht schwer zu sehen, denn die grauen Häuser decken die blaue Farbe vollkommen. Selb hingegen ist lebendig und läßt sich nicht unterkriegen. Auch die neue Form des Kastens ist durchaus beachtenswert. Die Praxis allein hat zu entscheiden, ob sie beibehalten oder eine andere gewählt werden soll. Es scheint nicht unwichtig, darauf hinzuweisen, daß die Entwurfsstätte für gewisse breite Geschäftskarten noch etwas breiter sein könnten, wie man ja auch besonders in Geschäftszweigen die alten blauen Kästen mit mehreren Schichten ausgestattet hat. Auch müssen die zurzeit aufgemalten Adresszettel durch haltbarere aus Emaille ersetzt werden, da die jetzigen trotz der kurzen Benutzung bereits abgewetzt und unleserlich sind. Schließlich muß doch eingeprobt werden, ob der Kosten Gewähr bietet, daß unberufene Hände sich nicht etwa Briefschaften aus seinem Inhalt herausangeln. Sehr wünschenswert wäre es, wenn die Post nunmehr auch dazu überginge, derartige Kästen nicht mehr an die Wände der Häuser zu kleben, sondern sie auf Pfählen frei aufzustellen, damit sie ein jeder von allen Seiten sehen kann.

Gute Kartoffelernte . . .

Über in Berlin gibt es keine Kartoffeln. Die Kartoffelernte ist gut, das wird uns nicht nur in allen möglichen Melodien gelungen, sondern von Kennern der Verhältnisse auch immer und immer wieder bestätigt. Doch bekommen die Berliner von dem Kartoffelreigen leider nichts zu verspüren. Gerade zur Zeit, wo die ersten Winterkartoffeln sich schädeln herovorzuziehen, sind sie aus dem Straßenbild unserer Millionenstadt so gut

Sachawachial der Eskimo.

Von Einar Mikkelsen.

„Und wenn wir dann wieder in Gang gekommen,“ fuhr Tor fort, „und ein paar Meilen gefahren waren, wurde sie ruhiger und schrie nicht mehr. Sie konnte sogar ganz ausgelassen werden und lachen und in die Hände klatschen und mir erzählen, daß ich doch ein Teufelskerl im Schlittensfahren wäre. Sie konnte so froh sein und sich nicht an mich drücken, wenn wir der Hunde wegen anhalten mußten und mir erzählen, daß sie nun gar keine Angst mehr hätte, „nein,“ sagte sie, „wenn du nur bei mir bist, dann geht alles.“ — und dann legte sie ihre Arme um meinen Hals und sah mich an — ufi,“ sagte Joe, und sein Gefühl bewältigte ihn, „so — ja, ich weiß nicht, wie ich es ausdrücken soll — ihr wißt ja selbst schon —!“ „Ja, ihr seid, verdammt noch mal, ein niedliches Paar,“ lachte Richard. „Ihr seid ein paar tüchtige Gesellen zum Schlittensfahren! aber was weiter? konnte all die Liebe den ganzen Tag lang vorhalten — und huh, bei der Kälte?“ fügte er schaudernd hinzu. „Nein,“ räumte Joe ein, „es dauerte in der Regel nicht so lange, bis es wieder schlimm wurde, ihr könnt mir glauben, es war eine lustige Zeit, des Nachts heulte sie aus Angst vor Sachawachial, des Tags, weil ich rasch fuhr und sie müde wurde. Sie konnte oben auf der Ladung sitzen und still vor sich hinweinen, damit ich anhalten sollte, und half das nichts, dann heulte sie und schimpfte, es hätte keinen Sinn, so zu fahren, Sachawachial könnte uns nicht einholen, verfolgte uns wohl auch kaum einmal, es wäre nur unsere eigene Furcht, die uns vorwärts trieb: „komm laß uns das Zeit ausschlagen,“ „Und was dann?“ fragte Friz verblüfft. „Ja, was dann?“ grinste Joe dumm, „was dann, ja, dann schlugen wir das Zelt auf, wenn kein Hans in der Nähe war; ich konnte doch nicht mit dem schreienden Ding durch das Land ziehen und meinte wohl auch selber nicht, daß ein besonderer Grund vorläge, so verdammt rasch zu fahren.“ Sie pfften, die drei und sahen einander an — schwachförmig — sagten ihre lachenden Augen — vollständig schwachförmig, wegen eines Eskimomädels! „Und was dann, Joe, erzählt weiter!“

wie verschwunden. Läßt sich mal irgendwo ein Wagen, beladen mit der Knollenfrucht, erblicken, so ist er im Fluge umlagert. Die Frauen bilden lange Schlangen und die Käuferinnen stehen stundenlang um ein paar Kartoffeln. Da wird man an den vorjährigen Oktober erinnert. Es war damals in ganz Hannoverland, natürlich auch in Berlin, unmöglich, eine Kartoffel zu bekommen, und alle Reisenden bezeugten einmütig, daß überall Kartoffeln eingemietet wurden. Sollen wir wieder daselbe erleben? Das Berliner Publikum ist so ziemlich einmütig der Ansicht, daß den Bauer nicht die an sich unbedingt notwendige Sorge für den Winter leitet, sondern daß bei ihm einzig und allein die Profitgier ausschlaggebend ist.

Parteigenossen, Gewerkschaftskollegen!

In Nürnberg ist die Einigung der sozialdemokratischen Parteien vollzogen worden. Die geeinigte Sozialdemokratische Partei tritt in ihrer allen Geschlossenheit und Einigkeit wieder auf den Plan. Arbeiter! Gehet von den Betrieben aus in die folgenden

Versammlungen

in denen über die Aufgaben der geeinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands gesprochen wird.

- Mittwoch, den 4. Oktober:
4 1/2 Uhr: Kammerfäle, Teltower Straße 1
4 1/2 Uhr: Deutscher Hof, Luckauer Straße 15
4 Uhr: Kronen-Brauerei, Alt-Moabit 49
4 1/2 Uhr: Andreas-Festfale, Andreasstr. 21
7 Uhr: „Kasino“, Wildau

- Donnerstag, den 5. Oktober:
4 1/2 Uhr: „Schultheiß“, Hasenheide 22 31
Freitag, den 6. Oktober:
4 Uhr: „Germania-Zäle“, Chausseestr. 110

Tagesordnung in allen Versammlungen: „Was bedeutet die Einigung der Sozialdemokratie für die Arbeiterklasse?“

Referenten: S. Aushäuser, Edward, Konrad Hänisch, Erich Kuttner, Franz Künzler, Dr. Richard Lohmann, Meier, Emil Roud, Emil Rabold, Wilhelm Reimann, Friedrich Schlegel, Heinrich Ströbel.

Eintritt gegen Vorgehen des Mitgliedsbuches der USPD oder SPD. Kollegen können durch Parteigenossen eingeführt werden. — Für die Betriebe, die nicht im Bereich der vorstehenden Versammlungsorte liegen, werden demnächst weitere Versammlungen einberufen.

Bezirksverband Berlin der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. J. A. Reinfnecht, Holz.

Verführerische Bücher.

Straßenhändler als Verkäufer von Millionenobjekten? Großes Aufsehen erregte vor einiger Zeit bekanntlich das Verschwinden wertvoller Werte aus der Staatsbibliothek und der Bibliothek des Gymnasiums zum Grauen Kloster. Noch größer war das Aufsehen, als der Studienrat Dr. Friedrich Dobo als der Bücherdieb ermittelt wurde.

Dobo ist Besitzer einer großen Bibliothek und eifriger Bücherkammer. Für wissenschaftliche Arbeiten benutzte er dabei als Hilfsquelle die Inzunabelabteilung der preussischen Staatsbibliothek, sowie der berühmten Wäcker-Sammlung des Grauen Klosters. Schon vor längerer Zeit eignete sich ein peinlicher Vorfall. Die äußerst kostbaren Werke „Aobanus Maurus“ und „De Universo libro XXI“ gingen verloren. Dr. Dobo erklärte, daß er das erste in der Bahn liegen gelassen hätte und bezahlte den ganz geringfügigen Betrag von 250 M., den das Gymnasium vor diesen Jahren selbst gezahlt

hatte. Eines Tages wurde in der Staatsbibliothek festgestellt, daß von einer großen Reihe seltener und kostbarer Inzunabeln lediglich die Einbände vorhanden waren, während die Texte herausgenommen waren.

Bei einer Hausdurchsuchung in der Wohnung des Dr. Dobo wurden nicht weniger als 25 der seltensten Werke aus dem Besitz der Staatsbibliothek gefunden, darunter ein Werk, das Gutenberg zugeschrieben wird und schon in der Vorkriegszeit einen Wert von 180 000 M. hatte. Die Bücher befanden sich in Einbänden, die der Angeklagte selbst hergestellt hatte. Bücherzeichen und Stempel waren durch Radieren und ähnliche Mittel entfernt. Dr. Dobo, der sich vor der Strafkammer des Landgerichts I jetzt zu verantworten hatte, bestritt in langen und sehr gelehrten Ausführungen seine Schuld. Die von der Staatsbibliothek reklamierten Inzunabeln wollte er für 2000 M. von einem Unbekannten, andere Bücher auf Wagen fliegender Händler in der Weinmeisterstraße gekauft haben. Den Wert der Kaufobjekte, der sich auf etwa 4 Millionen belaufen soll, will er damals nicht gleich erkannt haben. Auch die Vernehmung der Sachverständigen spielte sich in Form wissenschaftlicher Vorträge ab. Prof. Bouilleme, der Direktor der Staatsbibliothek, erklärte, daß die bei Dobo beschlagnahmten Bände zweifellos aus der Bibliothek stammen. Die Stempel seien herausgerissen oder fortgeräumt worden. Als zweiter Sachverständiger äußerte sich der Schriftsteller Theob. v. Jobeltz, der seit Jahren als eifriger Bibliothekstaug ist. Seiner Meinung nach sei es ausgeschlossen, daß man so kostbare Wiegendrucke auf der Straße erwerben könne. Da Prof. Bouilleme behauptete, daß das Buch „Der Ritter vom Turm“, solange es im Besitz der Bibliothek gewesen wäre, unbeschadet erhalten habe, während ein Zeuge behauptete, ein derartiges Buch mit bunten Bildern gesehen zu haben, stellte R.-M. Bahn den Antrag, einen Sachverständigen über das Alter der Bemalung zu hören. Das Gericht gab dem Antrage statt und vertagte die Verhandlung.

Zu der Verhaftung Bernotas und Kaminiski.

Die schnelle Wiederergreifung des entflohenen Einbrechers Bernotas und die Festnahme seines Mitläufers Kaminiski in Wiesbaden stellen einen besonders bemerkenswerten Erfolg der Berliner Kriminalpolizei dar. Der Schwerpunkt der Sache liegt weniger auf dem Gebiet der den Beschuldigten zur Last fallenden zahlreichen Einbruchsdiebstähle, obwohl es sich auch hier um viele Millionenobjekte handelt, als vielmehr auf dem Gebiet der Durchsuchungen mit Beamten, der Befragung, der Beseitigung und Unterdrückung von Strafakten und sonstigem Aktenmaterial. Es hat den Anschein, als wenn Bernotas mit seinen Mitläufern, abgesehen von der Befolgung der eigenen Vorlesungen, den Aktenmaterial gewerkschaftlich betrieben hat. Die Polizei- und Justizbehörden sind fest entschlossen, das verbrecherische Treiben von Bernotas und Genossen restlos aufzuklären. Bernotas, der sich in Wiesbaden der Festnahme durch einen Sprung aus dem Fenster entziehen wollte, hat sich einen Einbruch zugezogen und ist zunächst nicht transportfähig. Es ist dafür Sorge getragen, daß die beiden festgenommenen nicht wieder irgendwelche Fuchtwortversuche oder Befreiungsversuche unternehmen können. Die Berliner Kriminalkommission Gennat und Wächter sind im Auftrage des stellvertretenden Leiters der Kriminalpolizei, des Regierungsrats Dr. Hagemann, nach Wiesbaden gefahren, um dort die erforderlichen Vernehmungen und Feststellungen zu bewirken. Bei der Dienststelle des Kommissars Gennat befindet sich jetzt noch immer ein Warenlager von verschiedenen Wertgegenständen, die aus von Bernotas und seinen Mitläufern verübten Einbrüchen stammen, bisher aber nicht rekonstruiert werden konnten.

Das Kartenbrot 44 M., die Kartenschruppe 1,70 M.

Die im Laufe der letzten Wochen in den Backbetrieben eingetretene Steigerung der sachlichen Ausgaben (Materialkosten und Miete), der Personalausgaben (Löhne, Gehälter, soziale Lasten) usw. macht eine Erhöhung des Preises des Kommunalgebäcks unvermeidlich. Die Deputation für das Ernährungswesen beschloß daher in ihrer heutigen Sitzung, dem Magistrat vorzuschlagen, vom 9. Oktober ab den Preis des Kartenbrotes auf 44 M., den der Kartenschruppe auf 1,70 M. zu erhöhen.

Hebertriebene Kohlenpreiserhöhung.

Ueber die Verordnung des Berliner Kohlenamts, nach der auf Grund der am 1. Oktober eingetretenen 100prozentigen Erhöhung der Vorkraft die Preise für Asten- und Dfenbrand und Koks vom 2. Oktober ab erheblich erhöht werden, säweben zwischen dem Oberpräsidium und dem Berliner Magistrat Verhandlungen. Die Aufhebung dieser Verordnung steht wie die „P.P.R.“ erfahren, bevor.

Und Joe erzählte von den vielen Widerwärtigkeiten seiner Reife, von Iglurufs Launenhaftigkeit, von dem verdammten häßlichen Eis und all' dem weichen Schnee. Er erzählte von Stürmen, die so reißend waren, daß es unmöglich wurde, in dem Wind und Schneegestöber weiterzufahren; er erzählte, wie die Schlitteneinrichtungen entzweifelprangen und bei mehr als zwanzig Grad Kälte ausgebeßert werden mußten, und wie erschöpft die Hunde waren. Er erzählte von den Eskimos, die er unterwegs getroffen hatte, er lachte, so daß es in ihm gluckte bei dem Gedanken daran. „Wißt ihr, was ich zu allen Eskimos, die ich traf, gesagt habe?“ fragte er seine Kameraden, „ich sagte, daß Sachawachial verrückt geworden sei und daß er jetzt auf einem Schlitten angefahren käme und Essen und Hunde haben wolle.“ — Aber sie mühten sich in acht nehmen, erzählte ich ihnen, denn das Berrückte sei ansteckend, und wenn bloß der Berrückte ihren Blick auffinge und sie ansähe, würden sie selber verrückt werden, und ganz schlimm würde es ihnen ergehen, wenn sie ihm Essen oder Hunde oder Schlitten gäben, oder ihm überhaupt nur die kleinste Hilfe brächten. Nein, sie sollten ihn von ihren Häusern und Wohnplätzen fernhalten, sie sollten mit Steinen nach ihm werfen, und käme er trotzdem näher, so sollten sie mit einer Wäpfe nach ihm schießen, falls sie eine hätten, das sei das sicherste, aber hätten sie keine, so ginge es auch mit einer Harpune.“ „Ihr könnt glauben, er wird eine vergnügte Reife haben,“ fuhr Joe fort, „ich habe es ihm ordentlich eingetränkt, es existiert kein einziger Eskimo zwischen Jey Cape und Ruwuf, der ihm helfen wird, verlaßt euch darauf!“ Das war nun etwas, was seine Kameraden eher verstehen konnten, sie lachten Tränen. „Joe, du alter Bursche, mutig bist du vielleicht nicht, aber gerissen bist du, posttausend noch mal!“ Igluruf und der schwarze Joe blieben einige Tage lang bei den Weissen, sie fühlten sich sicher, jetzt, wo ihrer so viele waren. Aber eines Tages kam ein Schlitten aus Norden, und Tom hatte den Rann getroffen, gerade als er in den Wohnplatz einfuhr. Run schleppete er ihn mit sich in das Haus der Weissen: „Kameraden, jetzt sollt ihr mal was hören!“ Der Mann war von Jim Hackett mit einer Eibotschaft an den schwarzen Joe geschickt worden. „Beelle dich,“ so lautete die Botschaft. „fahre immer weiter, halte dich nicht unterwegs auf, ruh' dich nicht länger aus als gerade nötig, fahre immerzu, bis du die Städte der Weissen erreicht hast, und laß dir niemals einfallen, nach Ruwuf zurückzukommen, jetzt geht es ums Leben!“ Und der Bote erzählte von Sachawachial, der wie ein Berrückter wäre und Jim Hackett beinahe erwürgt hätte, während er selbst von Jim Messer verwundet wurde. Er erzählte von der unglaublich kurzen Zeit, die Sachawachial für die Fahrt vom Kugeratuf bis Ruwuf gebraucht und von dem Gerücht, das sich schnell im Wohnplatz verbreitet hatte, Sachawachial hätte Ujaraf, der die Reuigkeit von Igluruf und dem schwarzen Joe nach der Schneefahrt am Ufer des Kugeratuf gebracht, harpuniert. Es wurde still im Hause der Weissen, als der Bote schwieg. Sie sahen einander an, die drei, und begriffen jetzt, weshalb Joe geflohen war, sie nickten stumm, als wollten sie sagen: ja, wir würden vielleicht auch so gehandelt haben wie der schwarze Joe, und sie sahen ihn an, der so wie vorher dasah, den Kopf in die linke Hand gestützt. Sein Gesicht war weiß, freideweiß, sein Auge unheimlich schwarz und stier, er zeichnete mit dem Finger auf dem Tisch, verschmierte den Spiritus. Sachawachial, schrieb er, nichts weiter, nur Sachawachial, aber das genügte. Mit einem Seufzer ließ er den Kopf auf den Arm sinken und schloß vor Schreck: ach Gott, wenn er kam, der entsetzliche Rächer, das Schicksal selbst, was wollte, was konnte er tun? Fortfahren, ja, selbstverständlich fortfahren, anders war es nicht zu machen, aber dann sollte die Quälerei wieder anfangen, die angsterfüllten Nächte mit dem unterbrochenen Schlaf, die hastigen Aufbrüche mit der schreienden Igluruf, das ewige Vorkraftarbeiten neben dem Schlitten im Sturm und Schneetreiben, die vielen, vielen ruhelosen Tage, das aufreibende Schlitteneben ohne Ruhe und Frieden. O, Igluruf, wenn ich dich doch Sachawachial gelassen hätte, schön warst du, hold zu umfassen, aber Gott im Himmel, um welchen Preis!

(Fortsetzung folgt.)

